



**Globale
Verantwortung**

DOSSIER 2026

inkl.
JAHRES-
BERICHT
2025



Kritische Stimmen in unstillen Zeiten

**MIT INTERNATIONALER ENTWICKLUNG,
HUMANITÄRER HILFE UND FRIEDENSFÖRDERUNG VORAN**

WIR ÜBER UNS

Die **AG GLOBALE VERANTWORTUNG**

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

ist der Dachverband von von 39 österreichischen NGOs für internationale Entwicklung, Humanitäre Hilfe und Friedensförderung. Die Mitgliedsorganisationen führen jährlich mehr als 1.000 Projekte in über 120 Ländern der Welt durch und tragen zu einem menschenwürdigen Leben für alle auf einem gesunden Planeten bei.

IMPRESSUM

GLOBALE VERANTWORTUNG

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

Büro Apollogasse 4/9, 1070 Wien

Telefon +43 1 522 44 22-0

E-Mail office@globaleverantwortung.at

Webseite globaleverantwortung.at

Youtube [@globaleverantwortung](https://www.youtube.com/globaleverantwortung)

Linkedin [globaleverantwortung](https://www.linkedin.com/company/globaleverantwortung)

Redaktion Livia Feldmann, Hannah Hauptmann, Lukas Wank

Gestaltung Jürgen Brües/altanoite.com

Druck Riedeldruck GmbH



Die Fotos auf dem **Cover** und der Rückseite sowie auf der Seite 11 stammen von dem Portrait- und Kreativfotografen **Sour Moha**. Er lebt und arbeitet in Rabat, Marokko. In erster Linie fotografiert er die junge, zwischen Hoffnung und Resignation schwankende Generation seines Landes. Seine Schwerpunkte liegen auf Street Photography, Kultur und Konzeptkunst, die Ergebnisse finden sich auf den Plattformen *Instagram* (@sour_moha), *Facebook* und *unsplash.com*.

DOSSIER 2026

EINLEITUNG

- 4 : Österreich vor einer Richtungsentscheidung
VON **STEFAN FRITZ**
- 5 : Eine gerechtere, friedlichere und stabilere Welt
ist in unser aller Interesse
VON **LUKAS WANK**
- 6 : Regierung und Budget
für den Weg der Menschlichkeit gewinnen
- 7 : Minister schwächt internationalen Klimaschutz
- 8 : Zahlen, Daten, Fakten – Österreichs öffentliche
Entwicklungshilfeleistungen 2025
- 10 : Haltung und Auftrag: Unsere Mission

GLOBAL BETRACHTET

- 12 : Entwicklungsfinanzierungskonferenz:
Eine verpasste Chance
- 13 : Global Europe: Das nächste Instrument der EU
- 14 : Der Internationale Gerichtshof bringt neuen
Schwung in die Klimapolitik
- 15 : Globale Stimmen I
- 16 : Internationale Verpflichtungen erfüllen:
Menschen zu ihrem Recht verhelfen
- 18 : Globale Stimmen II
- 19 : 10 Jahre Agenda 2030 und SDGs:
Wege zu einem gerechten Wandel
- 20 : Substantive, political, and operational:
The full spectrum of humanitarian assistance
- 21 : Global Voices for Humanitarian Assistance
- 24 : UN-Sicherheitsrat
Österreichs Countdown startet

- 26 : In Österreich und weltweit:
Zivilgesellschaftliche Spielräume stärken
- 27 : Globale Stimmen III
- 29 : Aid Matters 2025
Zusammenarbeit in Krisenzeiten neu denken
- 30 : EU und Österreich: Die systematische Diskredi-
tierung zivilgesellschaftlicher Arbeit nimmt zu
- 30 : FATF-Länderprüfung
- 31 : Gesamtstaatliche Afrika-Strategie
- 31 : Inklusion von Menschen mit Behinderungen

JAHRESBERICHT 2025

ARBEITSGRUPPEN

- 32 : Ernährung und Entwicklung
Humanitäre Hilfe
- 33 : Inklusion und Entwicklung
Kofinanzierung
- 34 : Migration und Entwicklung
Plattform entwicklungspolitische Inlandsarbeit

ÜBER UNS

- 35 : Team 2026
- 36 : Vorstand 2026
- 36 : Unser Jahr 2025 in Zahlen
- 37 : Jahresabschluss 2025
- 38 : Gute Gründe für eine Mitgliedschaft
- 39 : Neue Mitglieder 2026

- 2 Impressum
- 3 Inhalt
- 39 Abkürzungsverzeichnis

Österreich vor einer Richtungsentscheidung

Verantwortungsvolle Partnerschaften und internationale Handlungsfähigkeit stehen immer enger gefassten nationalen Interessen gegenüber.

— VON **STEFAN FRITZ**, VORSTANDSVORSITZENDER



FOTO SCHUSTER

Internationale Zusammenarbeit galt über Jahrzehnte als Ausdruck gemeinsamer Verantwortung und als vernünftige Antwort auf eine Welt, in der Krisen nicht an Staatsgrenzen haltmachen. Heute erleben wir einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Unter dem Schlagwort nationaler Interessen stellen selbst demokratische Regierungen die internationale Entwicklung, Humanitäre Hilfe und Friedensförderung zunehmend infrage. Budgets werden gekürzt, während die Mittel für Aufrüstung und kurzfristige Vorteile steigen.

Seit der Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus hat sich diese Entwicklung beschleunigt, aber sie reicht weit über die USA hinaus. Auch in Europa gilt internationale Zusammenarbeit immer öfter als verzichtbare Großzügigkeit und nicht als strategische Verantwortung. Demokratien drohen damit, ebenfalls einer Logik zu folgen, die das Recht des Stärkeren über Menschenrechte und gerechte Kooperationen stellt.

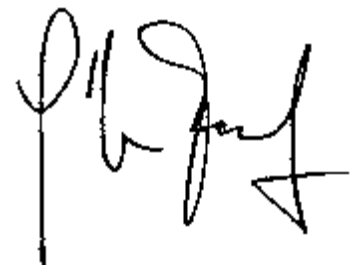
Das geschieht in einer Zeit, in der Kriege, Hunger, Vertreibung und die Klimakrise Millionen Menschen bedrohen. Gerade jetzt braucht es verlässliche Partnerschaften und langfristiges Handeln. Stattdessen werden erprobte Instrumente geschwächt. Die Folgen tragen zuerst jene, die am wenigsten zu diesen Krisen beigetragen haben: benachteiligte und gefährdete Menschen in Ländern des Globalen Südens und in Konfliktgebieten..

Die Arbeit österreichischer NGOs zeigt, was internationales Engagement bewirkt: Sie verbessert die Lebensbedingungen von Menschen, stärkt lokale Strukturen und hilft Gesellschaften, Krisen besser zu bewältigen. Sie ist daher weder bloße Wohltätigkeit noch ein verzichtbares *Nice-to-have*, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller und vorausschauender Politik.

Österreich steht vor einer Richtungsentscheidung.

Wollen wir uns in eine immer engere Vorstellung nationaler Interessen zurückziehen? Oder wollen wir als verlässlicher Partner Verantwortung übernehmen und unsere internationale Handlungsfähigkeit bewahren?

Für mich ist klar: Eine zukunftsfähige Politik verteidigt Menschlichkeit und Menschenrechte nicht nur mit Worten. Sie gibt ihnen auch in ihren Budgets, Partnerschaften und Entscheidungen das notwendige Gewicht.



Eine gerechtere, friedlichere, stabilere Welt ist in unser aller Interesse

Die Finanzierungslücke für internationales Engagement wird immer größer. Ein Bumerang-Effekt zeichnet sich ab für Menschlichkeit, Stabilität und über Jahrzehnte aufgebaute wirksame Strukturen. — VON LUKAS WANK, GESCHÄFTSFÜHRER

Im September 2026 waren erst 54 Prozent des finanziellen Bedarfs, den **OCHA** für das gesamte Jahr errechnet hatte, gedeckt. Insgesamt sind rund 256 Millionen Menschen auf Humanitäre Hilfe angewiesen, bis zu 696 Millionen Menschen litten laut **FAO** zuletzt an Hunger. Dennoch setzen Regierungen politische Prioritäten, die diese Situation weiter verschärfen. So begann die US-Regierung ein Jahr, nachdem sie die Entwicklungsbehörde **USAID** zerschlagen hatte, einen folgenschweren Krieg im Iran und Libanon. Da Düngemittel, Saatgut und Getreide kaum noch die blockierte Straße von Hormus passieren, könnten nach Angaben des **WFP** weitere 45 Millionen Menschen akut hungern, vor allem in afrikanischen Ländern. Das Wetterphänomen *El Niño* droht, ihre Anzahl noch zu verdoppeln.

Dass demokratische Regierungen benachteiligte und gefährdete Menschen weltweit im Stich lassen, ist ungerecht, unmoralisch – und ein strategischer Fehler. Denn die vermeintlichen Einsparungen in der internationalen Entwicklung, Humanitären Hilfe und Friedensförderung erhöhen das Risiko, dass sich bestehende Krisen weiter verschärfen. Die Eindämmung dieser Krisen verursacht enorme Folgekosten, die auch die Menschen in Österreich zusätzlich belasten werden. Zudem könnten Lebensmittel, Trinkwasser, Energie und weitere wichtige Güter hierzulande bald nicht nur teurer, sondern auch knapp sein.

Aber nicht nur die Menschlichkeit im Allgemeinen und die Stabilität in Österreich im Speziellen sind von diesem Bumerang-Effekt betroffen: Er trifft auch über Jahrzehnte aufgebaute wirksame Strukturen, die internationales Engagement erst ermöglichen. Wenn diese Strukturen, beispielsweise die zuständige Verwaltung, und die wichtige Arbeit von NGOs erst einmal geschwächt sind, lässt sich Expertise nicht einfach wieder aufbauen. Das zeigt das Beispiel der Gesundheitsversorgung vieler afrikanischer Länder, die seit dem **USAID**-Aus drastisch geschwächt ist.

Klar ist: Autoritäre Regierungen und Parteien polarisieren bewusst und säen dabei eine unsolidarische und destabilisierende Stimmung zwischen Ländern und Menschen. Diese Strategie ist auch für neutrale Staaten wie Österreich gefährlich, denn für sie sind der internationale Zusammenhalt und Multilateralismus eine wertvolle Versicherung. Im Umkehrschluss bedeutet das also: Eine gerechtere, friedlichere und stabilere Welt ist in unser aller Interesse. Als Teil der internationalen Zivilgesellschaft werden wir nicht müde, der Politik die zahlreichen Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die aus dieser Weltlage herausführen.

Wanke Lukas



FOTO: GLOBALE VERANTWORTUNG



FOTO GLOBALE VERANTWORTUNG

Regierung und Budget für den Weg der Menschlichkeit gewinnen

*Die Koalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS kürzte kurz nach ihrer Angelobung die Budgets für die **AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (ADA)** und den **AUSLANDSKATASTROPHEN-FONDS (AKF)** um ein Drittel. Zusammen mit unseren Mitgliedsorganisationen konnten wir weitere Einsparungen verhindern.*

Wenige Monate nach dem ersten Budgetbeschluss der neuen Bundesregierung zogen wir am Welttag der Humanitären Hilfe am 19. August 2025 auf Fahrrädern durch Wien. Unterstützt von Mitgliedern und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen appellierte unser Geschäftsführer Lukas Wank am Platz der Vereinten Nationen an die Regierung, Zeichen für mehr Menschlichkeit zu setzen. Christoph Pinter, **UNHCR**-Büroleiter in Österreich, verwies auf Lehren, die es zu ziehen gelte, etwa aus der Flüchtlingskrise 2015.

Anschließend brach der Radkonvoi Richtung Innenstadt auf. Vor dem Albert-Schweitzer-Haus – Forum der Zivilgesellschaft, berichtete Andrea Reisinger (**ÖSTER-REICHISCHES ROTES KREUZ**) vor Journalist*innen, dass Kriegsparteien das Humanitäre Völkerrecht immer öfter verletzen und die Zivilbevölkerung wie auch humanitäre Helfer*innen nicht angemessen schützen würden.

Katharina Lehner (**DIAKONIE ÖSTERREICH**) forderte, dass Österreich seiner Mitverantwortung für menschengemachte Extremwetterereignisse nachkommen und zu einem Partner für weltweite Klimagerechtigkeit werden solle. **VOLKSHILFE**-Geschäftsführer Erich Fenniger zog Parallelen zwischen internationaler Solidarität und der wichtigen Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen in Österreich. Bei der letzten Station, am Platz der Menschenrechte, begrüßte Jacqueline Bungart (**LICHT FÜR DIE WELT**), dass Menschen mit Behinderungen durch die Strategie der Humanitären Hilfe Österreichs und das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2025–2027 gezieltere Unterstützung erhalten sollen. Abschließend gab Andreas Knapp (**CARITAS**) zu bedenken, dass diese Strategien nur mit einer langfristig abgesicherten Finanzierung ihre volle Wirkung entfalten würden. Er appellierte an Außenministerin Beate Meisl-Reisinger,



Luisa Maria Ponha ist Projektmanagerin in Mosambik beim **HILFSWERK INTERNATIONAL**

» Der Lebensstil reicher Länder beruht noch immer auf der Ausbeutung von Umwelt und Menschen im Globalen Süden. Das muss sich ändern. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung verursacht so viel CO₂ wie zwei Drittel der Menschheit, und auch liegt Österreich mit acht Tonnen pro Kopf über dem EU-Durchschnitt. Wenn es sich aus der Verantwortung zurückzieht, trifft das jene Länder am härtesten, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben.«

von weiteren Kürzungen abzusehen und andere Regierungen für den Weg der Menschlichkeit zu gewinnen: „Jetzt ist die Zeit für weltweiten Zusammenhalt!“

Mit Blick auf den bevorstehenden Budgetbeschluss 2027/28 wiederholten wir unseren Appell in Gesprächen mit Politiker*innen und den Zuständigen auf Verwaltungsebene sowie in der Pressearbeit. So luden wir im April 2026 mit Mitgliedsorganisationen zu einem Pressetermin am Wiener Heldenplatz, bei dem wir die Regierung angesichts der Weltlage eindrücklich warnten: Österreich kann es sich weder politisch noch finanziell leisten, sich vom kurzsichtigen, an nationalen Eigeninteressen orientierten Paradigmenwechsel in der internationalen Zusammenarbeit (s. S. 4–5) mitreißen zu lassen.



Wir erinnerten daran, dass internationales Engagement kein Nice-to-have ist, sondern ein Must – und ein Bumerang-Effekt noch abgewendet werden kann. Wenn Menschen in Sicherheit leben und ihre Rechte, ihr Wohlergehen und ihre Lebensgrundlagen geschützt werden, gibt es auch weniger Auslöser für weltweite Krisen, die bis nach Österreich reichen können. Dafür braucht es eine verlässliche Finanzierung – keine weiteren Kürzungen.

Im Juni 2026 folgte der Beschluss: Die Mittel für **ADA** und **AKF** werden im Doppelbudget 2027/28 auf dem Niveau von 2026 fortgeschrieben. Darauf wollen wir uns nicht ausruhen und bleiben mit Politik und Verwaltung im Dialog, um weitere Rückschritte zu verhindern und Österreichs internationale Handlungsfähigkeit zu erhalten. ●

GESTRICHENE KLIMAPROJEKTE

Minister schwächt internationalen Klimaschutz

Das Pariser Klimaabkommen, das Regierungsprogramm und das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2025–2027 sowie zahlreiche Dokumente verpflichten Österreich dazu, Länder des Globalen Südens beim Erreichen der Klimaziele zu unterstützen. Das zuständige **BMLUK** führte im Jahr 2023 eine Förderschiene ein, mit der es beispielsweise Renaturierungs- sowie klimaschonende Landwirtschafts-



Vertreter*innen des brasilianischen Movimento dos Atingidos por Barragens erzählten dem ORF-Journalisten Christian Lininger von ihrem Projekt, das vom **BMLUK** nicht weiter unterstützt wurde.

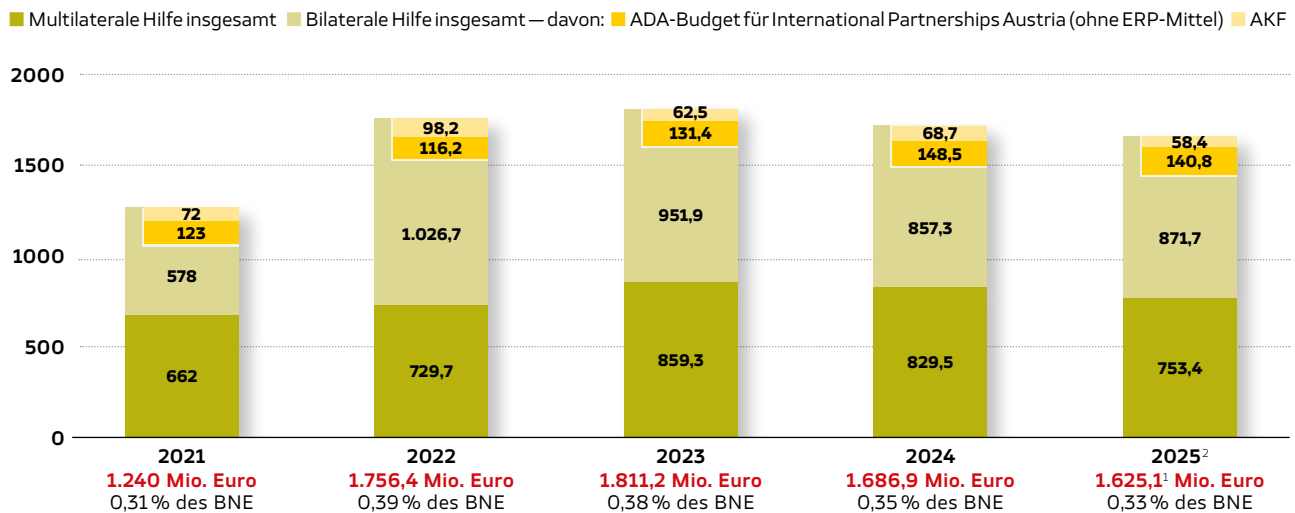
und Wasserprojekte in Afrika, Asien und Südamerika ermöglichte. Für 2025 kündigte es dafür bis zu 15 Millionen Euro an, zu einer Ausschreibung kam es jedoch nie.

Rund um die **COP 30** kritisierten wir in Presseaussendungen, bei einem Pressegespräch und im Interview mit Ö1, dass Klimaschutzminister Norbert Totschnig die Mittel für internationale Klimaprojekte in der Schublade verschwinden ließ. Trotz großem Medienecho konnten wir ihn bislang nicht dazu bewegen, die Mittel bereitzustellen, drängen weiterhin auf eine Ausschreibung. ●

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen im Jahr 2025 ...

... im Vergleich zu den Vorjahren¹

in Mio. Euro



¹ BMF, Beilagen „Entwicklungszusammenarbeit“ der Bundesbudgets 2024, 2025–2026, 2027–2028

² vorläufige Angaben für 2025 laut OECD; alle Angaben in Grant Equivalent

Bislang erfüllen nur wenige Länder des Globalen Nordens die internationale Vereinbarung, jährlich 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungshilfeleistungen (ODA) bereitzustellen. Zuletzt drückte eine drastische Kürzungswelle das Commitment auf ein Allzeittief: Seit 2023 sank die durchschnittliche ODA-Quote der Mitgliedsstaaten des Entwicklungshilfesausschusses der OECD (OECD-DAC) um über 0,01 Prozentpunkte auf 0,26 % des BNE im Jahr 2026. Die ODA-Quote der europäischen Mitglieder fiel in diesem Zeitraum um den gleichen Wert auf 0,38 % des BNE. Lediglich Norwegen (1,03 %), Luxemburg (0,99 %), Schweden (0,85 %) und Dänemark (0,72 %) hielten das 0,7-Prozent-Ziel ein. Diese vorläufigen Zahlen hatte der OECD-DAC im April 2026 veröffentlicht. Die finalen Quoten folgen im Dezember eines jeden Jahres.

Auch Österreich zählt zu den Ländern, die ihr internationales Engagement zurückgeschraubt haben. Die ODA-Quote sank von 0,38 % (2023) auf voraussichtlich 0,33 % (2025). Etwas weniger als die Hälfte entfiel auf multilaterale Beiträge, mit denen UN- und weitere internationale Organisationen, die humanitären und Entwicklungsprogramme der EU, regionale Entwicklungsbanken und internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank unterstützt werden.

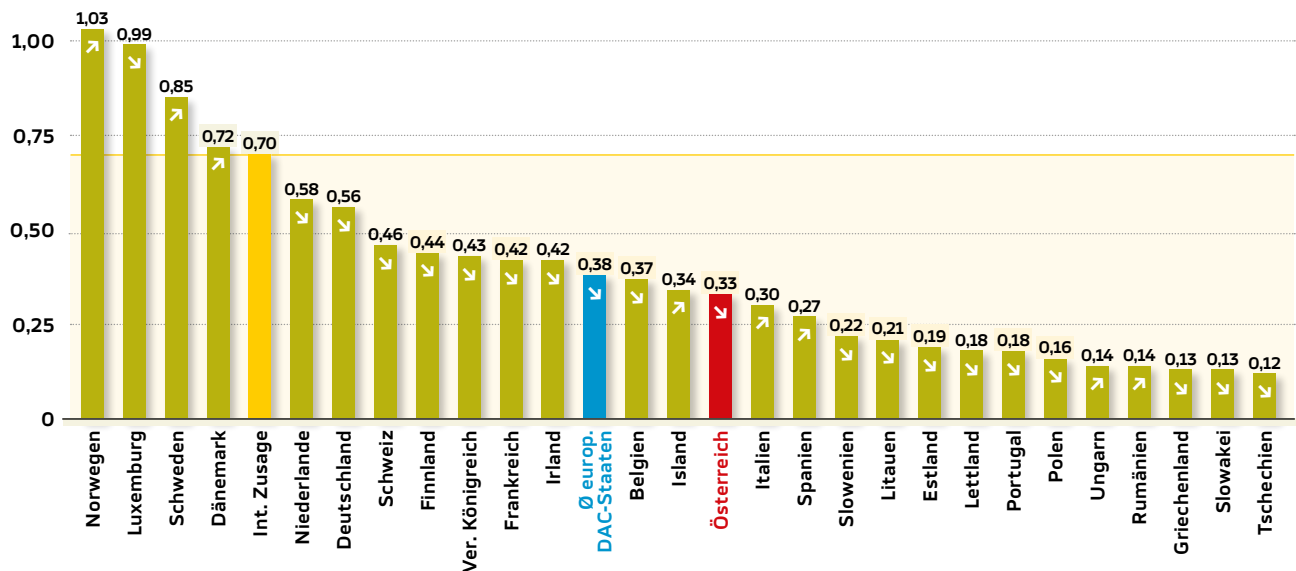
Den größeren Teil machten erneut die bilateralen Mittel aus: Sie fördern die Projektarbeit von NGOs oder internationalen Organisationen in ausgewählten Ländern. Doch ausgerechnet bei den Budgets der ADA und des AKF sparte die Bundesregierung im Jahr 2025 überproportional: Die ADA wickelte 148,6 Millionen Euro für Projekte im Rahmen der *International Partnerships Austria* und 58,4 Millionen Euro über den AKF ab. Insgesamt stellte Österreich 121,6 Millionen Euro für Humanitäre Hilfe bereit, wovon mehr als ein Drittel die Hilfe in der Ukraine, in Syrien und im Sudan unterstützte.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen konnten wir erfolgreich weitere Kürzungen bei ADA und AKF im Doppelbudget 2027–2028 abwenden (s. S. 6–7). Auf dem Niveau von 2026 will die Bundesregierung die Mittel bis 2029 fortschreiben.

Die meisten OECD-DAC-Mitgliedsstaaten verfehlen Jahr für Jahr nicht nur das 0,7-Prozent-Ziel, sie halten auch die zusätzliche Vereinbarung, davon 0,2 Prozentpunkte für die einkommensschwächsten Länder bereitzustellen, nicht ein. Zugleich gestattet ihnen die OECD, die ODA durch im Inland anfallende öffentliche Kosten „aufzublasen“. Zur *Inflated ODA* zählen Unterstützungskosten für Asylwerber*innen, Stipendien für

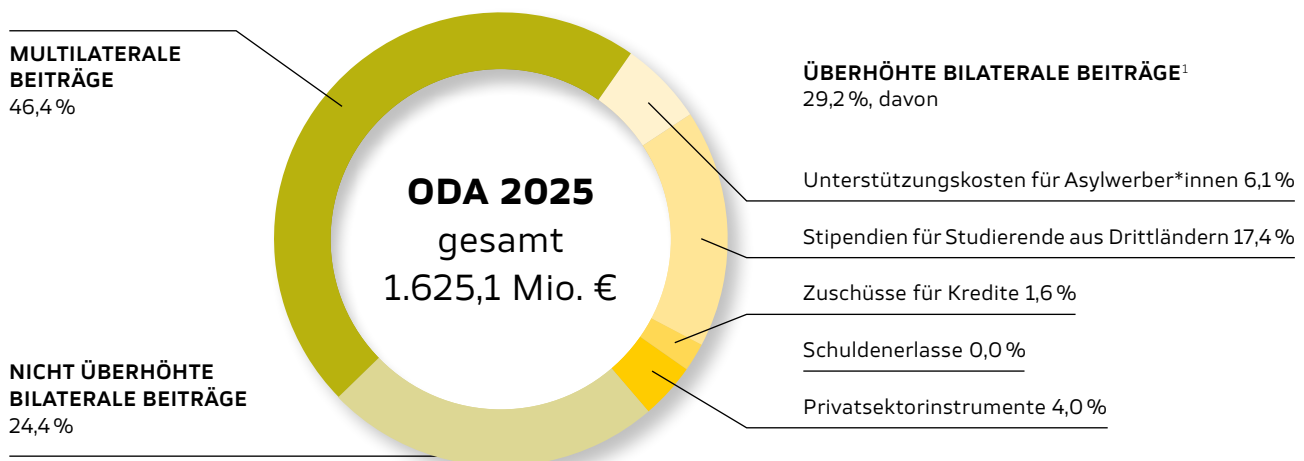
... im Vergleich mit europäischen OECD-DAC-Staaten¹

in Prozent des BNE



Aufgeblasene ODA

Reformdruck auf Entwicklungsfinanzierung steigt



Student*innen aus Drittstaaten, aber auch Instrumente, die den Privatsektor in aufstrebenden Ländern des Globalen Südens unterstützen. 2025 stellte die Regierung dafür über 65 Millionen Euro bereit – mehr als für den **AKF**. Zudem machte die Regierung Zuschüsse für Kreditfinanzierungen von knapp 26 Millionen Euro geltend, erließ aber keinem **ODA**-Empfängerländer Schulden.

Diese Beiträge verwässern, welcher Anteil wirklich bei benachteiligten und gefährdeten Menschen weltweit an-

kommt, welcher die Wirtschaft in Ländern mit mittlerem Einkommen ankurbeln soll und welcher sogar in den wohlhabendsten Ländern bleibt.

Im Frühjahr 2025 nahmen wir an der vierten internationalen Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Sevilla teil, die den Reformdruck auf die globale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur erhöht hat (s.S.12/13). ●

Unsere Mission

Ungerechte politische, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, ungleiche Machtverteilung und ein unzulänglicher Klima- und Umweltschutz zementieren Ungleichheiten und Armut weiter ein. NGOs, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Initiativen setzen sich für die Anliegen, Rechte und Bedarfe von Menschen ein und unterstützen sie dabei, sich auch selbst bei Politik und Verwaltung Gehör zu verschaffen. NGOs für internationale Entwicklung, Humanitäre Hilfe und Friedensförderung setzen das mit lokalen Projektpartner*innen in Ländern des Globalen Südens und in Konfliktgebieten um. Jedoch erlebt die Zivilgesellschaft hier wie dort immer mehr Gegenwind, und das nicht nur von autoritären Regierungen: Auch in Demokratien gewinnen illiberale Kräfte an Einfluss und schränken den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume zunehmend ein. Wo sie in der Regierung sind, werden immer mehr Mittel für Projekte und Leistungen gestrichen und restriktive, teils schikanöse Richtlinien und Gesetze eingeführt. Menschenrechtliche, soziale und ökologische Anliegen werden sicherheits-, migrations- oder wirtschaftspolitischen Interessen untergeordnet. Zugleich fordern zivilgesellschaftliche Organisationen aus Ländern des Globalen Südens zu Recht mehr gleichberechtigte Mitsprache und Verantwortung in internationalen Prozessen wie auch in gemeinsamen Projekten mit Partnerorganisationen aus dem Globalen Norden ein.

Als Dachverband ist es unsere Aufgabe, auf veränderte Weltlagen und nationale sowie internationale Rahmenbedingungen nicht nur zu reagieren. Wir agieren vorausschauend und wollen zusammen mit Partner*innen eine verantwortungsbewusste Außen-, Entwicklungs- und Friedenspolitik sowie Humanitäre Hilfe mitgestalten. Das erreichen wir durch anwaltschaftliche Arbeit und im Dialog mit Politik und Verwaltung, durch Angebote für die Kompetenz- und Kapazitätsentwicklung unserer Mitglieder und ihrer lokalen Partnerorganisationen sowie durch laufende Kommunikation und den Wissensaustausch mit anderen zivilgesellschaftlichen Netzwerken.

In unserer Arbeit zu internationaler Entwicklung, Humanitärer Hilfe und Friedensförderung wollen wir langfristig dreierlei bewirken: dass die Menschenrechte weltweit verwirklicht werden. Dass Politik widerspruchsfrei ist, also dass nationale Interessen im Einklang mit Menschenrechten und multilateralen Abkommen sind (*Politikkohärenz im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung, PCSD*). Und dass die Rolle der Zivilgesellschaft gestärkt und ihr Handlungsspielraum gesichert ist – in Österreich wie in Ländern des Globalen Südens.

Wir packen an, weil wir davon überzeugt sind, dass eine gerechtere, friedlichere und stabilere Welt möglich ist. Eine Welt, in der die planetaren Grenzen eingehalten werden und in der das Wohlergehen, die Würde und die Rechte aller Menschen an erster Stelle stehen.





GLOBAL BETRACHTET

FOTO SOUR MOHA/UNSPLASH.COM

Manchmal braucht es eine laute Stimme, manchmal eine klare Haltung. Als Dachverband bringen wir beides mit – und mischen uns ein, wenn es um globale Verantwortung geht. In Österreich. In Europa. Und immer dort, wo eine starke Zivilgesellschaft gefragt ist.



FOTO PRIVAT

Vierte Entwicklungsfinanzierungskonferenz

Eine verpasste Chance für eine gerechte globale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur

*Zehn Jahre nach Addis Abeba fanden Delegationen aus mehr als 150 Ländern von 30. Juni bis 3. Juli 2025 in Sevilla zusammen. Die Zerschlagung von **USAID** überschattete die Konferenz, an der die USA erstmals nicht teilnahmen. Neben der **UN**-Steuerrahmenkonvention waren Schulden und die Entwicklungsfinanzierung die zentralen Verhandlungspunkte.*

Länder des Globalen Südens und die internationale Zivilgesellschaft drängen darauf, dass nach Vorbild der Steuerrahmenkonvention auch die Zuständigkeit für Schulden und Entwicklungsfinanzierung auf **UN**-Ebene behoben werden soll. Länder des Globalen Nordens dominieren die bislang verantwortlichen Institutionen wie **OECD**, **IWF**, Weltbank, Pariser Club und die G20-Gruppe. Prozesse auf **UN**-Ebene gewährleisteten formal allen Ländern einen gleichberechtigten Zugang und eine gleichwertige Stimme.

Diese Reform ist überfällig, da beispielsweise 54 Länder – fast die Hälfte davon liegt auf dem afrikanischen Kontinent – über 10 Prozent ihrer Einnahmen für Nettozinszahlungen ausgeben. Diese Rückzahlungen übersteigen die finanziellen Leistungen, die sie vom Globalen Norden erhalten. In diesen Fällen finanziert der Globale Süden de facto den Norden – und nicht umgekehrt.

In den Wochen vor der Konferenz informierten wir in einer fünfteiligen Beitragsreihe über deren inhaltliche

Schwerpunkte und überreichten Außenministerin Beate Meinl-Reisinger und Finanzminister Markus Marterbauer unsere Empfehlungen: Die Delegation solle sich für die Entschuldung hochverschuldeter Länder, die Einrichtung einer Schuldenkonvention und eine klimaneutrale Entwicklungsfinanzierung einsetzen. Die Steuerrahmenkonvention solle endlich unterstützt werden.

Nach der Verabschiedung des Abschlussdokuments *Compromiso de Sevilla* zwei Wochen vor der Konferenz erläuterten wir in einer Presseaussendung und in Hintergrundinformationen mit **KOO** und **VIDC**, dass es nur minimale Fortschritte signalisiere, es bliebe weit hinter den Erwartungen und dem tatsächlichen Handlungsbedarf zurück. Zahlreiche Medien berichteten.

Ein Lichtblick in Sevilla waren die parallelen Foren der Zivilgesellschaft, an denen wir mit über 1.000 teils hochrangigen Vertreter*innen des Globalen Südens teilnahmen. Von der Konferenz wurden hingegen zahlreiche zivilgesellschaftliche Vertreter*innen ausgeschlossen. Am Ende

Zahlreiche Vertreter*innen der internationalen Zivilgesellschaft demonstrierten in Sevilla.

der Konferenz übergaben die Organisator*innen der Foren eine zivilgesellschaftliche und eine feministische Deklaration an Regierungschef*innen und die stellvertretende **UN**-Generalsekretärin Amina Mohammed.

Der österreichische **UN**-Botschafter Gregor Kössler bekräftigte bei der Konferenz die **EU**-Positionen, die am Status quo in der globalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur festhalten. Zudem sprach er sich für eine stärkere privatwirtschaftliche und renditeorientierte Entwicklungsfinanzierung aus. Wie die zivilgesellschaftliche Deklaration jedoch festhielt, darf eine solche Finanzierung nur ergänzend sein. Der *Private-Finance-First*-Ansatz steht in der Kritik, die Verschuldung und Ungleichheiten seit seiner Einführung 2015 zusätzlich angeheizt zu haben.



Am runden Tisch diskutierten Martina Neuwirth (**VIDC**), Giulia Varaschin, Everlyn Muendo, Richard Stern und Karin Kuranda (**AG GLOBALE VERANTWORTUNG**) unter der Moderation von Lukas Schlögl (**ÖFSE**).

Nach ihrer Rückkehr war unsere entwicklungspolitische Fachreferentin Karin Kuranda in der *Ö1*-Sendung *Punkt eins* zu Gast. Dort und beim SDG Dialogforum 2025 berichtete sie über die Pläne der Zivilgesellschaft nach der mutlosen Konferenz.

Runder Tisch brachte die UN-Steuerrahmenkonvention nach Wien

Ein Jahr später, im Mai 2026, blickten wir mit dem **VIDC** und in Kooperation mit der **ÖFSE** bei einem runden Tisch in Wien erneut auf die **UN**-Steuerrahmenkonvention. Die geladenen Expert*innen tauschten sich über die Positionen afrikanischer Länder, der G77-Länder und Österreichs aus. Sie diskutierten, wie Österreich den Prozess konstruktiv unterstützen könne – auch vor dem Hintergrund der neuen Afrika-Strategie (vgl. S. 26).

In ihren Keynotes erörterten Everlyn Muendo (**TAX JUSTICE NETWORK AFRICA**), Giulia Varaschin (**EU TAX OBSERVATORY**) und Richard Stern (**WU GLOBAL TAX POLICY CENTER**), dass die Mobilisierung inländischer Ressourcen (*Domestic Resource Mobilization*) im Globalen Süden an Bedeutung gewinne und ihre internationale Steuereinnahmen erhöhe. Zudem umrissen sie, wie sich eine höhere Besteuerung auf **EU**-Mitgliedsstaaten auswirken würde – positiv wie negativ. Die Teilnehmer*innen aus **BMEIA**, **BMF** und NGOs betonten abschließend, die Positionen afrikanischer und G77-Länder künftig verstärkt in ihrer Arbeit berücksichtigen zu wollen. ●

Höre mehr von Everlyn Muendo auf unserem YouTube-Kanal.



Global Europe

Das nächste außen- und entwicklungspolitische Instrument der **EU**

Derzeit beschäftigt uns die Entwicklungsfinanzierung auch auf Ebene der **EU**. Sie plant ihren nächsten Siebenjahreshaushalt, den *Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)* für die Jahre 2028 bis 2034.

Für die internationale Entwicklung und Humanitäre Hilfe sind die Verhandlungen zum *Global Europe Instrument* im *MFR* entscheidend. Aus diesen geht eine stärkere Priorisierung von Privatsektor-Investitionen hervor, etwa im Rahmen der *Global Gateway Initiative* für Infrastrukturprojekte. Solche Investitionen würden zulasten benachteiligter und gefährdeter Menschen sowie der Zivilgesellschaft im Globalen Süden und in Krisengebieten gehen.

Die Anfang 2026 gegründete *MFR*-Taskforce der *AG Kofinanzierung* engagiert sich dafür, dass der nächste **EU**-Haushalt die notwendigen Mittel für internationale Entwicklung und Humanitäre Hilfe – insbesondere für die Beseitigung von Armut und Ungleichheiten, die Stärkung von Menschenrechten und gerechte Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens – bereitstellt. Sie bündelt Informationen, etwa die der Projektgruppe *Financing and Funding for Development* unseres europäischen Dachverbands **CONCORD**, erarbeitet gemeinsame Stellungnahmen und übermittelt Empfehlungen an die österreichischen und europäischen Entscheidungsträger*innen im *MFR*-Prozess. ●

Der Internationale Gerichtshof bringt neuen Schwung in die Klimapolitik

Österreich misst im Sommer 2026 einen neuen Hitzerekord: 41,2 Grad Celsius. In der EU brennen 25 Prozent mehr Waldflächen als im Jahr zuvor, die Meerestemperatur erreicht im weltweiten Mittel 21,1 Grad. Die Rekorde spiegeln der Politik ihre Untätigkeit – ein Lichtblick kommt aus Den Haag.

Die Diskussion um Dürrehilfen für die Landwirtschaft veranlasste die Bundesregierung im Sommer 2026 dazu, sich auf ein seit 2021 ausstehendes, wenn auch zahnloses Klimagesetz zu einigen. Fraglich ist, ob Österreich mit seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen wird können. Umwelt- und Klimaschutz sowie Klimaanpassung können nur international erfolgreich sein – sofern Regierungen bereit sind, auch Fragen der Klimagerechtigkeit entschlossen anzupacken. Menschen in Ländern des Globalen Südens und in Konfliktgebieten haben kaum zur Erderhitzung beigetragen, sind aber am meisten von ihr betroffen. Laut OXFAM emittiert das reichste Prozent der Weltbevölkerung genauso viel CO₂ wie die einkommensschwächsten 66 Prozent.

Als Vorstandsmitglied der ALLIANZ FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT mahnen wir eine weltweit gerechte und verantwortungsbewusste Umwelt- und Klimapolitik ein – auch im Vorfeld der 30. UN-Klimakonferenz (COP 30) vom November 2025 im brasilianischen Belém. Die ALLIANZ forderte von der Regierung, sich für den raschen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und strengere nationale Klimaziele auszusprechen, um eine durchschnittliche Erderhitzung von 1,5 Grad Celsius nicht zu überschreiten. Länder des Globalen Nordens sollten den internationalen Loss and Damage Fund mit mehr öffentlichen Zuschüssen ausstatten und ihrem Bekenntnis, jährlich 300 Milliarden US-Dollar für internationale Klimafinanzierung bereitzustellen, endlich nachkommen.

Die Regierung sollte sich zudem dafür einsetzen, dass die Zivilgesellschaft in die COP-Verhandlungen einbezogen werden. Diese wertet das Abschlussdokument der COP 30 als ambitionslosen Minimalkompromiss. Lediglich der beschlossene Just-Transition-Mechanismus, der Länder bei der Umstellung auf erneuerbare Energien unterstützen soll, ließ aufatmen. Als Reaktion auf die ergebnisschwache COP 30 beriefen Brasilien, Kolumbien und die Niederlande im April 2026 die Konferenz Transitioning Away From Fossil Fuels im kolumbianischen Santa Marta ein, bei der Vertreter*innen aus Politik und Wissenschaft Vorschläge für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen für die COP 31 in Antalya ausarbeiteten.

Echte Lichtblicke für die Klimagerechtigkeit sind das Gutachten des INTERNATIONALEN GERICHTSHOFS (IGH) vom Juli 2025 und die darauffolgende UN-Klimaresolution vom Mai 2026. Das IGH hält in seinem Klimagutachten fest, dass die Umwelt die Grundlage menschlichen Lebens ist. Von ihr hängt die Gesundheit und das Wohlergehen sowohl heutiger als auch künftiger Generationen ab. Somit verleiht das Gutachten dem 1,5-Grad-Celsius-Ziel des Pariser Abkommens rechtlichen Nachdruck: Die Untätigkeit von Regierungen stellt einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar und untergräbt ihre Verantwortung, das weltweite Klimasystem zu schützen.

Bis zu ihrer Generalversammlung im Mai 2026 arbeiteten die VEREINTEN NATIONEN unter Federführung des Inselstaats Vanuatu eine Resolution aus, die festlegen

sollte, dass UN-Mitgliedsstaaten das IGH-Gutachten in die nationale politische und wirtschaftliche Praxis überführen müssen.

Mit der ALLIANZ FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT organisierten wir eine Info-Session und appellierten in Briefen und unserer Pressarbeit an die Politik. Mit Erfolg: Außenministerin Meinel-Reisinger stimmte mit 140 weiteren Staatsvertreter*innen der Resolution zu. ●



Angelika Derfler, Sprecherin für Klimagerechtigkeit von SÜDWIND, war bei der COP 30 dabei. Im brasilianischen Belém fand erstmals ein zivilgesellschaftlicher People's Summit mit über 10.000 Teilnehmer*innen statt.

These are excerpts from contributions by external authors. Scan the QR codes to find the full-length articles on our website.

CLIMATE JUSTICE

Youth led the way: The ICJ has spoken, the law is clear — now the world must act

By **Nicole Ann Ponce**, Co-founder and Advocacy Lead of **WORLD YOUTH FOR CLIMATE JUSTICE (WYJC)**

7 April 2026 | The climate crisis exposes broader injustices and exacerbates existing vulnerabilities, contributing to the erosion of fundamental human rights.

In 2019, the initiative to request an Advisory Opinion on climate change from the International Court of Justice (ICJ) began.

Recognizing the need for broader global support, [...] **WYJC** helped ensure that the voices of those bearing the brunt of the climate crisis were not excluded from this critical legal process. [...] Young people from all over the world energized and sustained a global campaign and alliance that ultimately led to what prominent figures have called the “climate case of the century.”

The ICJ Advisory Opinion represents a legal breakthrough in that it brings together human rights law, environmental law, State responsibility, and duties of international cooperation into a more coherent legal framework.

The challenge before us is no longer interpretation, but implementation. Therefore, Vanuatu and a core group of other States have introduced a resolution to be voted on by the **UN** General Assembly. It can ensure that the Court’s legal findings are not relegated to optional guidance but influence real-world decisions, policies, and actions. ●



FOTO PRIVAT



CLIMATE JUSTICE

From the margins to the mainstream: Why is climate finance still not flowing where it should?

By **Riya Saxena**, Climate Finance Specialist at **ROCKY MOUNTAIN INSTITUTE (RMI)**

12 May 2026 | Climate finance is often framed as a question of mobilizing capital. In practice, the challenge is not mobilization — it is allocation.

Over the past decade, climate finance has moved from the margins to the mainstream — but unevenly. This shift has been driven less by intent and more by economics.

Capital flows not simply to low-risk sectors, but to sectors where risk has been standardized and made legible to financial systems. This explains why capital has scaled rapidly in renewable energy and electric mobility — and why it has not flowed at the same pace to other transition-critical sectors.

Areas such as battery energy storage and industrial decarbonization face a different set of constraints.

If climate finance is to scale beyond already viable sectors, the shift required is not necessarily more capital, but a change in how financial systems evaluate and allocate it.

One emerging approach is *Corporate Transition Assessment (CTA)* — a forward-looking methodology that evaluates whether a company’s transition strategy is credible at the asset and business level, particularly in the absence of historical benchmarks.

Climate finance will continue to grow in scale [...] but not necessarily where it matters most — and the consequences of that misallocation will increasingly be felt downstream, in the very development and humanitarian systems climate finance is meant to support. ●

FOTO PRIVAT

Internationale Verpflichtungen erfüllen: Menschen zu ihrem Recht verhelfen

Die aktuelle Weltlage und die Schwächung multilateraler Institutionen wie der Vereinten Nationen führen dazu, dass benachteiligte Menschen ihre Rechte weniger wahrnehmen können. Zahlreiche Staaten – wie auch Österreich – reduzieren ihre Beiträge zur weltweiten Verwirklichung der Menschenrechte.

Die Budgetumschichtungen zugunsten wirtschafts-, sicherheits- und migrationspolitischer Eigeninteressen lassen daran zweifeln, ob Länder im Globalen Norden ihre Verantwortung, Menschen weltweit zu ihren Rechten zu verhelfen und Ungleichheiten zu beseitigen, noch ernst nehmen. Österreich versteht sich als aktiver Akteur im Multilateralismus und engagiert sich unter anderem im **UN**-Menschenrechtsrat. In zentralen strategischen Dokumenten wie dem *Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2025–2027* und der *Strategie der Humanitären Hilfe Österreichs* bekennt sich die Regierung zu einer menschenrechtsbasierten Außen- und Entwicklungspolitik. Dennoch zeigte die vierte Universelle Menschenrechtsprüfung (**UPR**) im Jänner 2026 bestehende Lücken auf.

Vierter UPR: Staaten betonten Österreichs außenpolitische Verantwortung für Menschenrechte

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen **DREI-KÖNIGSAKTION DER KATHOLISCHEN JUNGSCHE** und **LICHT FÜR DIE WELT** wandten wir uns im Vorfeld des **UPR** an die zuständigen österreichischen **UN**-Delegierten. Den 70 prüfenden Ländern übermittelten wir Empfehlungen, die sie in der Prüfung an Österreich richten sollten. Für Medien bereiteten wir kompakte Informationen vor.

Österreich nahm über 200 Empfehlungen der prüfenden Staaten an, darunter jene von Oman und Mosambik, die internationale Entwicklung und Humanitäre Hilfe inklusiver zu gestalten. Menschen mit Behinderungen machen 16 Prozent der Weltbevölkerung aus, wovon 80 Prozent im Globalen Süden und in Konfliktgebieten leben. Ihre Rechte – auf Bildung, Gesundheitsversorgung oder Teilhabe – werden besonders häufig verletzt. Wenn lokale Selbstvertretungsorganisationen ihre Erfahrungen einbringen können, profitieren alle davon: Inklusive Gemeinschaften und inklusive Politik sind Grundlagen für Frieden, Gerechtigkeit und Stabilität.

Eine von über 60 Empfehlungen, die Österreich lediglich zur Kenntnis nahm, war die von Paraguay, das 169.

Übereinkommen über Eingeborene und in Stämmen lebenden Völker in unabhängigen Ländern der **INTERNATIONALEN ARBEITSORGANISATION (ILO)** zu ratifizieren. Es erkennt indigenen Bevölkerungsgruppen die Kontrolle über ihre Lebensweise, Institutionen sowie wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung zu.

Der Wermutstropfen des vierten UPR-Prozesses: Kein prüfendes Land empfahl Österreich, das 0,7-Prozent-Ziel zu erfüllen (vgl. S. 8). Dennoch betrachten wir die angenommenen Empfehlungen als wichtigen Schritt.

Omnibus-I-Paket der EU auf Kosten von Menschenrechten und Lebensgrundlagen

Im Rat der **EU** adaptierten die zuständigen Minister*innen der Mitgliedsstaaten im Februar 2026 das Omnibus-I-Paket. Damit besiegelten sie die vorläufige Abkehr von dem Pfad, den die **EU** mit einer ambitionierten Lieferkettenrichtlinie (**CSDDD**) und anderen zentralen Bestandteilen des *European Green Deal* hätte beschreiten sollen. Das Paket reduziert die menschenrechtlichen sowie klima- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten europäischer Unternehmen, womit die **EU** dem Lobbyismus von Wirtschaftsvertreter*innen – auch der US-amerikanischen Erdölindustrie – folgt, die den *Green Deal* zur Belastung erklärt hatten.

Die **CSDDD** wird nur für Konzerne mit mehr als 5.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von mindestens 1,5 Milliarden Euro gelten. Die Leidtragenden sind die Menschen, die direkt von Ausbeutung, Erderhitzung, Ungleichheiten, Hunger und Konflikten betroffen sind.

Das Omnibus-I-Paket ist aber auch ein Rückschlag für Wirtschaftstreibende, die sich für faire Wettbewerbsbedingungen und einen sozialen, ökologischen und ökonomischen Kurswechsel einsetzen. Die Befürworter*innen verzögern den unvermeidlichen Umstieg auf nachhaltige Strategien, den sie letztlich vollziehen werden müssen.

In einer Stellungnahme appellierten wir an Außenministerin Beate Meinl-Reisinger, sich für eine ambitionierte Implementierung der Lieferkettenrichtlinie in nationales Gesetz einzusetzen.



FOTO CARE ÖSTERREICH

WSK-Rechte: NGO-Bericht offenbarte fehlende Systematik österreichischer Politik

Im November 2026 steht die nächste menschenrechtliche Prüfung an. Der zuständige **UN**-Ausschuss untersucht, ob Österreich im In- und Ausland die Wirtschaftlichen, Sozialen und Kulturellen Rechte (WSK-Rechte) aller Menschen umfassend gewährleistet. Im Mai 2024, mit sechs Jahren Verspätung, hatte die damalige Regierung dem Ausschuss erstmals einen Bericht vorgelegt.

In Vorbereitung auf die Prüfung überreichten wir der **UNO** mit unseren Mitgliedern **DREIKÖNIGSAKTION**, **FIAN ÖSTERREICH** und **LICHT FÜR DIE WELT** einen zivilgesellschaftlichen Parallelbericht. Darin kritisierten wir mangelnde *Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung (PCSD)*: Die Regierung verfolgt ressourcen-, agrar-, steuer-, handels- und klimapolitische Interessen in anderen Ländern, ohne die Auswirkungen auf Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung ausreichend zu berücksichtigen. Seit der Ratifizierung des **UN**-Sozialpakts im Jahr 1978 unterliegt Österreich extraterritorialen Staatenpflichten, muss also die WSK-Rechte weltweit wahren, schützen und stärken; es darf Menschen keinesfalls an einer nachhaltigen Entwicklung hindern. Daher forderten wir im Parallelbericht zum Beispiel, dass Kinderrechte konsequent und systematisch in allen Politikfeldern und Rechtssetzungen zu berücksichtigen sind.

Auch dem Recht auf Nahrung, das weltweit am häufigsten verletzt wird, widmeten wir unsere Aufmerksamkeit. Laut **FAO** hungerten zuletzt bis zu 696 Millionen Men-

schen, obwohl Kleinbäuer*innen rund 80 Prozent aller Nahrungsmittel nachhaltig produzieren könnten. Viele werden von Großkonzernen vertrieben, können keine fairen Preise mehr erzielen. Gemäß der **UN-Erklärung über Rechte von Kleinbäuer*innen** appellierten wir an die Regierung, sich auf **EU**- und **UN**-Ebene für ihre Rechte einzusetzen. Wir verwiesen auf die überproportionale Fleischproduktion hierzulande, für die Futtersoja importiert wird. Dessen Anbau zerstört vielerorts Ökosysteme, verschärft Landkonflikte und Ungleichheiten.

Wir hielten im Parallelbericht fest, dass eine solche Politik weder nachhaltig noch menschenrechtskonform ist – und die weltweiten Krisen weiter anheizt. Da in dieser Weltlage der Bedarf an internationaler Unterstützung weiter steigt, kritisierten wir die massiven Budgetkürzungen der Regierung. Dem entwicklungspolitischen Dreijahresprogramm fehlen zudem klare Finanzierungsziele, Indikatoren und Prüfmechanismen, um die Einhaltung der Menschenrechte zu gewährleisten.

Wir werden die Regierung bei der Prüfung der WSK-Rechte im November an ihre internationalen Verpflichtungen erinnern. Nur wenn Österreich sie ernst nimmt, ausreichend Mittel bereitstellt und seine Politik konsequent am Wohlergehen, der Würde und der Rechte aller Menschen ausrichtet, kann unser Land einen glaubwürdigen Beitrag zu einer friedlicheren, stabileren und gerechteren Welt leisten. ●

MENSCHENRECHTE

Globale Frauenrechte unter Druck: Zwischen Rückschritt und Dagegenhalten

Von **Aleksandra Kolodziejczyk**, Geschäftsleiterin von **FRAUEN*SOLIDARITÄT**, und **Ifeoma Melissa Ofoedu**, Senior Technical Advisor bei **UN-HABITAT**

30. Juli 2025 | Ein Thema, das auf der 69. Sitzung der **UN**-Frauenstatuskommission (*Commission on the Status of Women, CSW*) im März 2025 präsent war, war die Situation von Frauen und Mädchen in Afghanistan. So wurde berichtet, dass die Einschulungsrate von Mädchen nach der Machtübernahme der Taliban auf 3 % gesunken sei [...] und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Frauen und Mädchen bereits wirtschaftliche Folgen zeige.

[...] Auf der CSW wurden die Bruchlinien zwischen progressiven und konservativen bzw. reaktionären Staaten deutlich sichtbar.

Ein weiteres Erstarken reaktionärer Akteur*innen auf **UN**-Ebene ist zu beobachten, die an der Zurückdrängung von Frauen- und LGBTIQ-Rechten und multilateralen Vereinbarungen arbeiten.

Angeichts dieses Backlashs und den massiven Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe in den USA und vielen europäischen Ländern – darunter auch Österreich – braucht es dringend staatliche und nichtstaatliche Akteur*innen, die sich für eine starke multilaterale Zusammenarbeit, rechtstaatliche Prinzipien und die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen. ●



FOTOS PRIVAT



FOTO MINITTA KANDLAUER



MENSCHENRECHTE

Sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten: Fehlende Aufarbeitung und anhaltende Straflosigkeit

Von **Miriam Mona Mukalazi**, Fachreferentin für Afrikapolitik, Frieden und Sicherheit des **VIDC**

3. November 2025 | Sexualisierte und geschlechterbasierte Gewalt in bewaffneten Konflikten wird in internationalen Rechtsrahmen anerkannt. Jedoch bleibt der Schutz der Überlebenden, die Aufarbeitung von Gewaltverbrechen sowie die Strafverfolgung der Täter extrem gering.

Sexualisierte Gewalt dient in bewaffneten Konflikten dazu, politische Oppositionen und spezifische Bevölkerungsgruppen zu destabilisieren oder gar auszulöschen.

Allgemein ist zu beobachten: Täter handeln im Bewusstsein der schwierigen Strafverfolgung dieser Kriegsverbrechen [...]. Die Überlebenden hingegen bleiben oft unbeachtet, sei es in der medizinischen Versorgung, in der psychologischen Betreuung oder in der juristischen Aufarbeitung.

Um die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt langfristig zu sichern, braucht es [...] Investitionen in Aufklärungsarbeit zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt.

Der dramatische Anstieg sexualisierter Gewalt fällt mit einem historischen Höchststand von 185 bewaffneten Konflikten zusammen. [...] Diese Zahlen sollten für die österreichische Bundesregierung ein Weckruf sein. Eine menschenrechtsbasierte Außenpolitik Österreichs soll nicht nur auf Krisen reagieren, sondern muss auch patriarchale Gewaltstrukturen als Ursachen von Konflikten anerkennen und diese bekämpfen. ●

10 Jahre Agenda 2030 und SDGs

Wege zu einem gerechten Wandel

*Ein harter Realitätscheck: **SDG WATCH AUSTRIA** untersucht, was Österreich in zehn Jahren vom **UN-Aktionsplan** umgesetzt hat. Trotz Ernüchterung gibt es auch Gründe für Zuversicht.*

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Agenda 2030 beleuchtete **SDG WATCH AUSTRIA**, was Österreich vom **UN-Aktionsplan** bisher realisiert und zur Umsetzung im Globalen Süden beigetragen hat. Was ein freudiger Anlass sein sollte, wurde zum herben Realitätscheck: Laut *Sustainable Development Report 2026* sind die **UN-Mitglieder** nur bei 16 Prozent der **SDGs** auf Kurs, bei ebenso vielen haben sie Rückschritte gemacht. Dennoch bot der runde Geburtstag Anlass zu Zuversicht.

SDG WATCH AUSTRIA startete mit einer Podiumsdiskussion am 24. September 2025 in Wien ins Jubiläumsjahr. Adil Najam, Professor an der Boston University und Präsident von **WWF INTERNATIONAL**, legte in seiner Eröffnung dar, weshalb nachhaltige Entwicklung als ganzheitliches und übergeordnetes Ziel verstanden werden müsse. Es brauche mehr gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein, das über den Wirkungsbereich internationaler Institutionen hinausgeht.

Caroline Krecké von **SDG WATCH AUSTRIA** präsentierte den Bericht *10 Jahre SDGs – und jetzt?*. Die Plattform zeichnete darin Meilensteine und Versäumnisse in und durch Österreich nach und gab Empfehlungen für die kommenden Jahre. Was fehle, sei ein übergeordneter Umsetzungsplan mit transparenten Zielwerten, Verantwortlichkeiten und Instrumenten, bemängelte Krecké. Sie empfahl eine frühzeitige Wirkungsfolgenabschätzung, um zu überprüfen, ob Gesetze und politische Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda 2030 beitragen oder sie behindern. Zudem müsse die Bundesregierung negative Spillover-Effekte gezielter verhindern. Diese entstehen beispielsweise durch Maßnahmen der österreichischen



Just Transition



Die **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** ist Teil der Steuerungsgruppe von **SDG WATCH AUSTRIA**, einer Plattform mit mehr als 230 Mitgliedern. 2025 hat sie sich Just Transition zum Schwerpunkt gesetzt: den systemischen Wandel zu einer sozial und ökologisch gerechten Politik, Gesellschaft und Wirtschaft mit dem Ziel, Wohlergehen, Würde und Rechte aller Menschen zu sichern, ohne die planetaren Grenzen zu überschreiten. **SDG WATCH AUSTRIA** setzt sich dafür ein, dass die Regierung die notwendigen Rahmenbedingungen für eine Just Transition schafft und publiziert Informationen zu ihren Anliegen.



Handels-, Steuer- und Investitionspolitik, die eine nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern untergraben.

Bei der anschließenden von Koordinatorin Judith Zimmermann-Lackner moderierten Diskussion erörterten Expertinnen, wie eine *Just Transition* (siehe Infobox) wirken solle – auch über den Umsetzungszeitraum der Agenda 2030 hinaus. Nadja Grossenbacher (**LICHT FÜR DIE WELT**), Martina Neuwirth (**VIDC**) und Klara Röckner (**CLIMATES AUSTRIA**) befanden, dass eine gerechte Entwicklungsfinanzierung (vgl. S.12-13), aber auch die gezielte Einbeziehung von jungen Menschen, Menschen mit Behinderungen und weiteren benachteiligten Gruppen Schlüssel für den Wandel seien. ●

Erhalte Eindrücke von Adil Najams
Keynote auf unserem Youtube-Kanal.





Substantive, political, and operational: The full spectrum of humanitarian assistance

Our humanitarian work is not limited to advocating for adequate budgets or improved administrative frameworks. We shape policy debates and, together with partners and international experts, ensure that Austria's humanitarian assistance remains responsive to shifting circumstances and needs.

In 2024, Tom Fletcher, Under-Secretary-General for Humanitarian Affairs and Emergency Relief Coordinator, addressed the humanitarian community in an open letter. The letter offered a unique opportunity to discuss humanitarian assistance from an inter-disciplinary perspective. In 2025, we invited experts to share their

and journalist Harry Eyres. The event was moderated by journalist Thomas Seifert.

Our main conclusions from a day of thought-provoking discussions and exchanges were:

- Putting those standing at the edge to the centre can be defined as the central principle for the reform of the

*«I stood at the border, stood at the edge and claimed it as central.
I claimed it as central, and let the rest of the world move over to*

findings and reflections in writing. The series culminated in an in-person event on 28 November, organized in collaboration with the City of Vienna..

At this cross-sectoral dialogue on listening, efficiency, outspokenness, and innovation in humanitarian action, the written ideas were explored in greater depth and enriched with additional perspectives by expert panellists Fati Hassane (**OXFAM IN AFRICA**), Nick Appleyard and Anna Hirsch-Holland (**ESA**), Gemma Connell (**OCHA**, via video), Marisa Leon Gomez Sonet (**R-SEAT**), and author

humanitarian architecture and for listening, efficiency, outspokenness, and innovation in humanitarian action.

- Humanitarian action is not a static picture full of absolute truths. It requires constant dialogue to strengthen it beyond its current confines.
- *Listening, efficiency, outspokenness, and innovation* are more than polite exercises. They foster collective action and learning across sectors.
- With the humanitarian principles and International Humanitarian Law, humanitarian stakeholders have



FOTOS GLOBALE VERANTWORTUNG



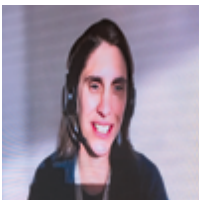
Fati Hassane
Oxfam in Africa



Nick Appleyard
ESA



Anna Hirsch-Holland
ESA



Gemma Connell
OCHA



Marisa Leon Gomez Sonet
R-SEAT



Harry Eyres
Journalist

where I was.» — TONI MORRISON

strong, universal, ethical North Stars, on which to base any reform process.

- We need progress on *listening*, *efficiency*, *outspokenness*, and *innovation* to enable those currently at the margins to move to the centre. But how, and by whom, can progress be measured? ●

Read new voices on humanitarian aid on the following pages and see the findings in detail on our website.

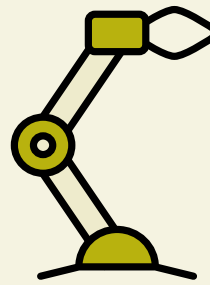


FOTO PRIVAT

INNOVATION

I imagine it as a bank of gauges

By **Nick Appleyard**, Head of Applications and Solutions at the European Space Agency (ESA)

19 September 2025 | Row after row [...], in a windowless underground room in the heart of the scientific establishment. Beneath each gauge is a neat label [...]. These are the early warning indicators, each the first link in a chain that connects us to disaster.

A needle creeps across a dial. A siren blares, emergency lighting kicks in. We are outside the safe zone.

I imagine it as a Big Red Button.

The button is pressed. In the Control Room the screens now all show the same scene [...]. Crisis response is in action.

The International Charter on Space and Major Disasters is activated almost weekly now, as countries around the world confront one natural disaster overlapping into the next.

ESA has fostered hundreds of new digital services [...], each solving a specific need in a business [...].

My first question to the humanitarian community: If you could wish for any information to support your work or directly to empower vulnerable people [...]

What do you imagine?

Quite likely your reply will be technically possible [...]

But what is the hard part?

I have heard many answers to this question. I am told that there is no time, no money to innovate, because resources and people on the ground are already stretched to their limits.

Dealing with these concerns is the hard part, for which I do not try to offer simple solutions. Perhaps, though, we can find a way forwards together. ●

OUTSPOKENNESS

Humanitarian duties of Occupying Powers under international law

By **Kubo Mačák**, Professor of International Law at the University of Exeter

4 August 2025 | Legally speaking, “occupation” is a type of international armed conflict.

International law contains a rich tapestry of rules safeguarding the rights and welfare of civilians living under occupation.

Individuals responsible for serious violations of these obligations can be held criminally responsible [...].

The primary obligation to ensure that the needs of the occupied population are met rests with the Occupying Power [...] as the entity that actually controls the territory and its population.

International law does not prescribe a specific model for delivering essential supplies. [...] But the Occupying Power remains legally responsible for ensuring that the population’s needs are met.

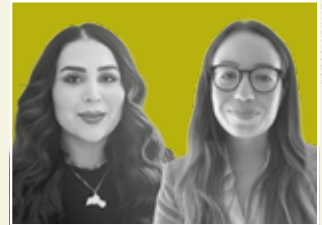
In practice, humanitarian needs of the occupied population may remain unfulfilled. [...] In such cases, international law explicitly requires the Occupying Power to allow and facilitate humanitarian assistance by external actors.

[...] international law does not oblige humanitarian organizations to comply with measures that would compromise the humanitarian and impartial character of their operations.

It is essential that these rules are strictly observed and effectively implemented at all times. ●



FOTO PRIVAT



FOTOS PRIVAT

LISTENING

From passive hearing to transformative action

By **Rez Gardi**, international lawyer and human rights advocate, and **Marisa Leon Gomez Sonet**, Partnerships and Communications Coordinator at R-SEAT

4 August 2025 | What is called “listening” is, in reality, just hearing—passive, selective, and disconnected from action.

True listening requires those in power to act on what they hear [...]

Without structural change, listening risks tokenizing people’s experiences [...]. The real challenge is moving from listening to meaningful participation.

It requires a shift in mindset, from seeing affected people as “beneficiaries” to recognizing them as leaders, experts, and partners in humanitarian response.

Refugee-led organizations and refugee leaders are compelling [...] stakeholders to recognize them as central to designing and delivering solutions.

These partnerships recognize the deep contextual knowledge within refugee communities, knowledge that external experts cannot replicate.

The polycrises of our time [...] demand responses as complex and nuanced as the crises themselves.

Directly impacted people are not voiceless; they have been systematically excluded by systems that prioritize expediency over equity. If we are serious about effectiveness, legitimacy, and justice in humanitarian action, listening must lead to shared governance, co-design, and ultimately, co-leadership. ●

INNOVATION

From emergency response to resilience

By **Celia Cossu**, Development Finance Professional at Proparco

28 November 2025 | *Humanitarian Blended Finance* has become a promising yet complex frontier in development finance. The idea is simple: use humanitarian resources to attract private investment in fragile contexts.

Humanitarian Blended Finance does not replace humanitarian action. [...] Humanitarian organizations remain indispensable in crisis response, social protection, and service delivery in extreme fragility. Development Finance Institutions (DFIs) can act further downstream [...] to support local private enterprises providing essential services [...].

Not every crisis, sector, or region can—or should—mobilize private capital.

[...] private sector investments can only occur once certain market building prerequisites are in place [...].

When aligned, the two perspectives can complement each other and unlock durable solutions for vulnerable populations.

A private sector approach is not only about providing assistance — it's about empowering local actors to drive their own development.

As global aid budgets shrink and humanitarian needs rise, DFIs cannot stay on the sidelines. ●

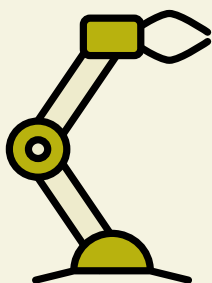


FOTO PRIVAT



FOTO STYLIA

OUTSPOKENESS

Strategic climate intelligence and preparedness

By **Koko Warner**, Director of the University of Pennsylvania's International Climate Observatory

24 March 2026 | At *Munich Security Conference* this year, the conversation kept circling back to a new understanding of stability. [...] Climate stress, geopolitical tension, and humanitarian fragility now form a single landscape of risk.

For humanitarian actors [...], these converging pressures are not new, but the pace has changed [...].

In this context, preparedness is not only about protection; it is about preserving choice.

Decision-makers require information that translates directly into action [...].

Across sectors, timing has emerged as the hardest frontier of preparedness. [...] anticipatory finance helps ensure that early warning is followed with action.

Preparedness measures [...] depend on public support and political consent. People are more willing to sustain preventive investments when they see concrete benefits [...].

Aligning climate intelligence with financial triggers, humanitarian planning, and security priorities is [...] a test of political will.

Leaving Munich, there was a sense of realism. [...] The conversation has shifted from abstract warning to strategic readiness and how to stay functional in an unsettled world. ●

UN-Sicherheitsrat Österreichs Countdown startet

Österreich wird von 2027 an einen temporären Sitz im Sicherheitsrat der **VEREINTEN NATIONEN** einnehmen. Die vier Trägerorganisationen des **HUMANITARIAN CONGRESS VIENNA** formulierten konkrete Forderungen, um diese Funktion für wichtige Anliegen zu nutzen.

Der **HUMANITARIAN CONGRESS VIENNA** startete im Sommer 2026 einen neuen zweijährigen Zyklus mit unterschiedlichen Veranstaltungsformaten. Den Auftakt der *Season 2026/27* bildete eine Pressekonferenz am 19. August, dem Welttag der Humanitären Hilfe. Die Trägerorganisationen **ÄRZTE OHNE GRENZEN ÖSTERREICH**, **CARITAS ÖSTERREICH**, **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** und **ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ** nahmen die Schwerpunkte für die Mitgliedschaft Österreichs im **UN-Sicherheitsrat** ab 2027 zum Anlass, um der Regierung vier Empfehlungen zur Bewältigung drängender Herausforderungen vorzulegen. Humanitäre Hilfe

»Hinter jeder sich überschlagenden Krise stehen Zivilist*innen, die nichts getan haben, um das zu verdienen. Österreichs Sitz ist eine Chance, die Menschen zu schützen – und nicht erst hinterher aufzuräumen.«

Joyce Msuya

ehemalige stv. **UN**-Generalsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe Koordinatorin (**OCHA**)

Friedensförderung und internationale Entwicklung sind im Programm zentral verankert, stehen in der Tradition

des bisherigen Engagements für internationales Recht, Menschenrechte, Frieden, Gerechtigkeit und Stabilität.

Zu Beginn der Pressekonferenz veranschaulichten zwei internationale Expert*innen (s. Zitate) den Verlauf schwerer Kaskadeneffekte: Die Klima- und Umweltkrise, bewaffnete Konflikte und politische Spannungen verschärften die Not von Menschen in weltweiten Krisengebieten, während Konfliktparteien zunehmend gegen das Humanitäre Völkerrecht verstoßen. Anschließend präsentierten Sabine Wartha (**CARITAS**), Roland Suttner (**ÄRZTE OHNE GRENZEN**), Michael Opriesnig (**ÖRK**) und Lukas Wank (**AG GLOBALE VERANTWORTUNG**) Empfehlungen für den temporären Sitz im Sicherheitsrat.

»Keine Krise bleibt heute mehr lokal. Dürren und Kriege lösen weltweit Kettenreaktionen aus, die über Märkte und Logistiknetze bis nach Österreich reichen können. Wer erst im Ernstfall reagiert, zahlt den höchsten Preis. Krisenfrüherkennung und Resilienz sind die einzige wirksame Absicherung.«

Peter Klimek

Komplexitätsforscher und Direktor des **SUPPLY CHAIN INTELLIGENCE INSTITUTE AUSTRIA (SCII)**



FOTO: ÄRZTE OHNE GRENZEN

Humanitäre Empfehlungen: Rechenschaftspflicht bei Verstößen gegen Humanitäres Völkerrecht

Hunger ist keine Naturkatastrophe – Hunger wird gemacht

Österreich soll sich im **UN**-Sicherheitsrat dafür einsetzen, dass das Recht auf Nahrung eingehalten wird. Der Einsatz von Hunger als Kriegswaffe sowie die Zerstörung oder Unbrauchbarmachung von Nahrungsmitteln, Wasser und landwirtschaftlichen Ressourcen müssen verhindert und Verstöße wirksam verfolgt werden.

Menschliche Kontrolle über autonome Waffensysteme zum Schutz der Zivilbevölkerung sichern

Österreich soll ein rechtsverbindliches internationales Instrument gegen autonome und KI-gestützte Waffensysteme vorantreiben. Entscheidungen über Gewalteinsätze müssen unter wirksamer menschlicher Kontrolle bleiben; Verantwortung für die Einhaltung des Humanitären Völkerrechts und den Schutz der Zivilbevölkerung darf nicht an Technologie delegiert werden.

Humanitäres Völkerrecht durchsetzen und medizinische Hilfe schützen

Österreich soll seinen Sitz im UN-Sicherheitsrat nutzen, um die Einhaltung des Humanitären Völkerrechts von allen Konfliktparteien konsequent und ohne politische Doppelstandards einzufordern und sich dafür einzusetzen, dass die internationale Gemeinschaft bei Verstößen konsequent vorgeht. Medizinische Einrichtungen, Gesundheitspersonal, Patient*innen sowie humanitäre Helfer*innen müssen geschützt und humanitärer Zugang gewährleistet werden.

Bestehende Beschlüsse nutzen und kohärentes Engagement sicherstellen

Österreich soll im **UN**-Sicherheitsrat bestehende internationale Beschlüsse und Resolutionen vorantreiben, etwa die **UN**-Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit und Klimabeschlüsse. So verstärkt Österreich durch ein kohärentes weltweites Engagement seine Rolle auf der internationalen Bühne sowie seine Resilienz; die Fähigkeit, gut durch Krisen zu kommen. Wir verweisen hier auch auf nationale Beschlüsse wie die *Strategie der Humanitären Hilfe Österreichs*. Österreich soll sie finanzieren und – in Kooperation mit der Zivilgesellschaft – glaubwürdig umsetzen. ●

Season
2026/27

Humanity
Between
Geopolitical
Interests
and
Technological
Change



humanitariancongress.at

In Österreich und weltweit Zivilgesellschaftliche Spielräume stärken

*655 Einschüchterungsklagen und Angriffe gegen Journalist*innen, NGOs, Gewerkschaften, die sich gegen unlautere Konzernpraktiken einsetzen – so lautete die Bilanz des Business and Human Rights Centre für 2024. 53 Personen wurden ermordet. Der steigende Druck hat einen entscheidenden Effekt: Die Zivilgesellschaft rückt weltweit näher zusammen.*

Shifting the Power:

Machtverhältnisse aufbrechen und internationale Partnerschaften gerecht gestalten

Trotz internationaler Bekenntnisse zu Lokalisierung in der Humanitären Hilfe und lokal geführter Entwicklung haben Organisationen aus dem Globalen Norden oft weiterhin größeren Einfluss in Projekten – etwa auf Finanzierung, Entscheidungen und politischen Prioritäten – als ihre lokalen Partner*innen. Lokale Organisationen können ihre Perspektiven und Erfahrungen häufig nur eingeschränkt einbringen und verfügen dadurch

über geringe Handlungsmacht. Im Rahmen der *International Partnerships Austria* wollen wir mit dem Projekt *Partnerships on Equal Terms* Machtverhältnisse langfristig hin zu gleichberechtigten, partizipativen Partnerschaften verändern (*Shifting the Power*).

Dabei stehen uns unsere beiden Projektpartner in der Republik Moldau zur Seite: **CONCORDIA PROIECTE SOCIALE** und das **INSTITUTE FOR DEMOCRACY AND DEVELOPMENT (I4DD)**.



FOTO: AG GLOBALE VERANTWORTUNG



Overhead Cost Sharing und Risk Sharing als Hürden für österreichische NGOs

Was bedeuten Lokalisierung und lokal geführte Entwicklung konkret, wer gilt als lokale*r Akteur*in? Mit dem Workshop *Local leadership in practice: Taking stock and moving on* startete im April 2026 in Wien unser Kompetenz- und Kapazitätsentwicklungsangebot zu *Shifting the Power*. Der Workshop mit Smruti Patel und Koenraad Van Brabant von der **GLOBAL MENTORING INITIATIVE** bot die Möglichkeit zur gemeinsamen Bestandsaufnahme. Sie identifizierten Wissenslücken in den Bereichen *Overhead Cost Sharing*, *Risk Sharing*, *Passporting of Due Diligence* und *Power and Power-Aware Behaviour*.

Um diese Lücken zu schließen, luden wir im Juni, Juli und September 2026 zur dreiteiligen Online-Serie *Power dynamics and decision making in international partnerships* – einer gemeinsamen Reflexion darüber, wie Macht in der internationalen Entwicklung, Humanitären Hilfe und Friedensförderung, in unseren Organisationen und in uns selbst wirkt. Mit Lena Bheeroo und Gigi Ong-Alok gingen die Teilnehmer*innen den Fragen nach, wer Prioritäten setzt, wessen Wissen Beachtung findet, wie Entscheidungen getroffen werden und wie Partnerschaften entstehen. Der zweite Teil der Online-Serie zeigte anhand des *PARTOS Power Awareness Tool (PAT)*, wie Macht in der Praxis verschoben und gerechtere Partnerschaften gestaltet werden können. Die dritte Sitzung bot Raum, die Anwendung des *PAT* zu reflektieren und nächste Schritte für österreichische NGOs zu diskutieren.

Ein weiterer Schwerpunkt, den wir im Projekt *Partnerships on Equal Terms* setzen, ist die Dekolonisierung von entwicklungspolitischer Bildungs- und Inlandsarbeit (s. S.34). Im Online-Workshop *Machtkritische Bildungsarbeit in Krisenzeiten: Warum wir gerade jetzt über Dekolonisierung sprechen sollten* im Juni 2026 boten Lawrence Oduro-Sarpong und Kristina Kontzi von **GLOKAL** eine Einführung in post- und dekoloniale Theorien und deren Bedeutung für internationale Zusammenarbeit sowie für die Bildungsarbeit. Die Teilnehmer*innen reflektierten koloniale Spuren in der eigenen Praxis und diskutierten, wie Bildungsarbeit machtkritischer und dekolonialer gestaltet werden kann. →

Mehr über unser bevorstehendes Kompetenz- und Kapazitätsentwicklungsangebot zu *Shifting the Power* erfährst Du im Veranstaltungskalender.



FOTO: PRIVAT



CIVIC ENGAGEMENT

Rebuilding solidarity 'BRICS' by BRICS': Forging Global South unity for climate and prosperity

By **Avantika Goswami**, Head of the Climate Change Programme at the **CENTRE FOR SCIENCE AND ENVIRONMENT (CSE)** in New Delhi, India

5 November 2025 | In an increasingly fractured world marked by unilateralism and weakened climate cooperation, the Global South must close ranks in climate talks and beyond.

Countries of the Global South — often grouped under the G77 — share histories of colonialism, underdevelopment, and unequal global governance. Despite internal differences, moments of unity have sparked crucial political change.

The 1955 Bandung Conference [...] the 1992 Rio Earth Summit [...] the Southern G20 presidencies [...] the 2025 BRICS declaration [...]

These moments of unity arise against a backdrop of fragmented alliances. The South is no monolith — changing leadership, geopolitics, and ties with the North continually undermine coalition-building.

Climate analysts often highlight BRICS' fossil-fuel dependence. [...] What matters more are shared challenges — rising energy demand, industrial ambitions — and emerging opportunities in green technology and global governance reform.

Emerging green partnerships among Southern countries could form the backbone of sustainable coalitions. But this requires a renewed Southern narrative on climate and development, with principles aligned to today's realities.

Civil society must shift the narrative: spotlighting common struggles, amplifying collective agency, and forging South–South solidarity. Only through unity can the Global South turn today's polycrisis into lasting, climate-proof prosperity. ●



In Österreich und weltweit Zivilgesellschaftliche Spielräume stärken



Moldauische NGOs bestätigen Herausforderungen bei Mitspracherecht und Handlungsmacht

Mit unseren Projektpartnern **CONCORDIA PROIECTE SOCIALE** und **I4DD** vereinten wir diverse NGOs in der Republik Moldau, um gemeinsam Prioritäten für einen *Power Shift* zu identifizieren. In partizipativen Workshops im März und April 2026 bestätigten sie eine Herausforderung durch bestehende Partnerschaftsmodelle: Trotz der Bekenntnisse zu Lokalisierung hätten lokale NGOs oft nur begrenzt Mitspracherecht und Handlungsmacht in der Zusammenarbeit, obwohl sie über tiefgründiges Kontextwissen und technische Expertise verfügen. Die Workshop-Teilnehmer*innen benannten fehlendes Vertrauen, unausgewogene Entscheidungsprozesse und Fördermechanismen als strukturelle Barrieren, die lokale Führung nicht ausreichend anerkennen würden.

CONCORDIA PROIECTE SOCIALE reagierte mit einem Weiterbildungsangebot zu anwaltschaftlichen Strategien und Machtdynamiken in der Zusammenarbeit. **I4DD** übertrug die Prozesserkennnisse in evidenzbasierte Politikempfehlungen, die den künftigen politischen Dialog österreichischer und moldauischer Stakeholder*innen aus der internationalen Entwicklung, Humanitären Hilfe und Friedensförderung prägen sollen. Zudem sollen sie Impulse für eine gerechtere und partnerschaftlichere Zusammenarbeit geben. Im kommenden Frühjahr organisieren wir dazu einen runden Tisch.

CONCORD

Über unseren entwicklungspolitischen Dachverband auf **EU**-Ebene, **CONCORD**, brachten wir uns 2025 in die neue **EU Civil Society Strategy** ein, mit der die Kommission ein Zeichen für Schutz und Förderung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums setzte. Wir begrüßen das neue Leitprinzip, nach dem die innereuropäische mit der internationalen Politik kohärent sein muss.

Unser Geschäftsführer Lukas Wank war im Jänner 2026 zu einer Diskussion eingeladen, um **CONCORD**-Mitgliedern Erfahrungen mit veränderten Narrativen in der internationalen Entwicklung, Humanitären Hilfe und Friedensförderung zu schildern. Eine stärkere Betonung des Beitrags, den diese Instrumente zu globaler Stabilität

leisten, würde verdeutlichen, dass es sich dabei nicht um ein *Nice-to-have* handle, sondern um Instrumente mit echter politischer Wirkung und Schlagkraft.

CONCORD hat eine *Meaningful Engagement Platform* entwickelt, die Wissen und Erfahrungen, die NGOs in der Zusammenarbeit mit **EU**-Institutionen gemacht haben, bündelt, und die Qualität von **EU**-Konsultationen verbessern soll. Erste Ergebnisse überreichte der Dachverband an **DG INTPA** und den Europäischen Auswärtigen Dienst. Zudem rüstet er sich gegen den voranschreitenden Paradigmenwechsel mit einer neuen Dachverbandsstrategie ab 2027. **CONCORD** will dadurch die Menschenrechte in den Fokus der internationalen Zusammenarbeit der **EU** rücken, seine Wirkkraft und Widerstandsfähigkeit stärken und zukunftsfit werden. Aktuell stehen Konsultationen für die Erneuerung des **EU-Aktionsplans für Menschenrechte und Demokratie (HRDAP)** an.

Bündnis für Gemeinnützigkeit

Das **BÜNDNIS FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT** startete mit einem *BündnisTalk* für die Geschäftsführer*innen und Obleute seiner Mitgliedsorganisationen ins Jahr 2026. Gastredner war Finanzminister Marterbauer, der über Veränderungen in der Förderlandschaft des Bundes und den Abbau administrativer Hürden berichtete.

Bei der Vorstandssitzung im Mai zeichnete sich ab: Mit dem Doppelbudget 2027/28 werden viele Organisationen und Vereine Projekte und Leistungen, die sie in unterschiedlichsten Bereichen im Auftrag von Bund und Ländern durchführen, nicht mehr fortführen können. Benachteiligte und gefährdete Menschen verlieren wichtige Unterstützung, in Österreich und weltweit.

Österreichisches Spendengütesiegel

Seit März 2025 sind wir Partnerin des **ÖSTERREICHISCHEN SPENDENGÜTESIEGELS**. Seither unterstützten wir etwa bei der Ausarbeitung einer Richtlinie für die Nutzung von Künstlicher Intelligenz gemäß der geltenden **EU**-Rechtslage (*AI Act*). In einem Webinar teilte unsere entwicklungspolitische Expertin Ilona Reindl ihr Wissen über Terrorismusfinanzierung und den **FATF**-Prozess für gemeinnützige Organisationen (s. S. 23). ●

Zusammenarbeit in Krisenzeiten neu denken

Regierungen auf dem Rückzug aus internationalem Engagement, langwierige Regierungsverhandlungen, Auszahlungsstopps öffentlicher Projektmittel – in diesen herausfordernden Zeiten entwickelten wir die Idee einer jährlichen Szeneveranstaltung zur besseren Kooperation.

Am 9. Mai 2025 hießen wir Vertreter*innen österreichischer NGOs der internationalen Entwicklung und Humanitären Hilfe und europäischer Dachverbände zur ersten Ausgabe von *Aid Matters* in Wien willkommen. Unser Geschäftsführer Lukas Wank reflektierte über die Lage der internationalen Zusammenarbeit in einer Zeit wachsender politischer Unsicherheit, finanziellen Drucks und schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums. Er forderte, gemeinsame Visionen und neue Formen systemischer Zusammenarbeit zu fördern.

» Wir erleben nicht das Ende der internationalen Zusammenarbeit, sondern einen Kampf um ihre Zukunft.«

Lukas Wank AG GLOBALE VERANTWORTUNG

Liana Hoornweg, Geschäftsführerin des niederländischen Dachverbands **PARTOS**, berichtete über die politischen und finanziellen Herausforderungen für die Zivilgesellschaft in ihrem Land. Die Regierung wolle bis 2030 ein Drittel ihrer öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (**ODA**) kürzen. Die Entscheidung sei nicht nur zugunsten wirtschaftlicher und anderer Eigeninteressen getroffen

worden, sondern auch ideologisch motiviert. Die Zivilgesellschaft könne ihrer *Watchdog*-Funktion immer weniger nachkommen. Hoornweg brachte einen Narrativwandel, der ein übergreifendes kollektives Handeln zivilgesellschaftlicher Akteur*innen ermöglichen könne, ins Spiel.

» Lasst uns zusammenstehen, gemeinsam stark sein!«

Liana Hoornweg PARTOS

Daniel Kaba, Geschäftsführer des slowakischen Dachverbands **AMBRELA**, berichtete von demokratiegefährdenden Entwicklungen in der Slowakei, die auf politischem Vertrauensverlust und starker, teils pro-russischer Polarisierung basieren würden. Nicht nur massive **ODA**-Kürzungen, sondern auch die Priorisierung wirtschaftlicher Diplomatie bedrohe die Arbeit von NGOs.

» Die Slowakei mag ein Warnsignal sein, aber sie ist auch ein Ort des Lernens und der Widerstandskraft.«

Daniel Kaba AMBRELA

Die Polykrisen unserer Zeit untergraben gesellschaftliche Grundlagen, das Vertrauen untereinander und in Institutionen – ein Zustand, für den Stefan Wallner, Geschäftsführer des österreichischen **BÜNDNISSES FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT**, den Begriff der „erschöpften Gereiztheit“ einführte. Angesichts des *Emocracy*-Phänomens und der durch Social-Media verstärkten Aufregungsökonomie sah er zivilgesellschaftliche Organisationen gefordert, in ihrer Kommunikation weniger auf Fakten, als auf Nähe schaffende und wertebasierte Emotionen zu setzen. Die zweite Ausgabe am 17. September 2026 steht im Zeichen des Schwerpunkts *Shifting the Power* (vgl. S. 20–21). ●

Welche Strategien wir aus dem *Welt-Café-Format* mit 50 *Aid-Matters*-Teilnehmer*innen und Moderatorin Ruth Picker ableiten, erfährt Ihr auf unserer Webseite.



FOTO AG GLOBALE VERANTWORTUNG

EU und Österreich

Die systematische Diskreditierung zivilgesellschaftlicher Arbeit nimmt zu

Seit Beginn der aktuellen EU-Kommissionsperiode 2024 haben die Angriffe rechter wie konservativer Parlamentarier*innen und ihrer Parteien auf NGOs stark zugenommen. Intransparenz und unlautere politische Einflussnahme gehören zu ihren Vorwürfen. Das Parlament kündigte eine Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Förderungen für NGOs an. In einer Stellungnahme stellten wir klar, dass keine Hinweise auf Missbrauch oder Rechtsverstöße vorliegen würden. NGOs müssen ihre Bilanz öffentlich machen, EU-finanzierte Projekte unterliegen besonders strengen Transparenz- und Kontrollvorgaben. Dennoch nahm die Arbeitsgruppe im Juni 2025 ihre Arbeit auf.

Mit zwei parlamentarischen Anfragen brachte die FPÖ diese Angriffe im Frühling und Sommer 2025 auch nach Österreich. Von der politischen Diskreditierung waren gemeinnützige Organisationen aller Bereiche betroffen – von der Katastrophenhilfe über Krankentransporte bis zu Vereinen, die Kindern Nachhilfe geben oder Instru-

mente lehren. Schützenhilfe erhielt die FPÖ von der Kronenzeitung.

Im Oktober setzte der Rechnungshof einen Untersuchungsausschuss mit Vertreter*innen der Parlamentsparteien ein, um die Vorwürfe zu prüfen. Das im April 2026 präsentierte Ergebnis war wie erwartet: Der Ausschuss fand keine Unregelmäßigkeiten bei Förderungen und Leistungsvereinbarungen und verwies auf professionelle Vergabe- und Kontrollprozesse.

Wir verfolgen weiterhin aufmerksam, wie autoritäre Tendenzen weltweit den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum einzuschränken versuchen – und erinnern die Politik an ihre Verantwortung. Denn die Zivilgesellschaft vertritt die Interessen der Vielen – insbesondere im Zusammenhang mit zunehmenden Ungleichheiten, Menschenrechtsverletzungen, demokratischer Teilhabe, Erderhitzung und Umweltzerstörung. ●

FATF-Länderprüfung

Ein sehr gutes Zeugnis für den NPO-Sektor

Im Rahmen der Länderprüfung Österreichs setzte die **FINANCIAL ACTION TASK FORCE (FATF)** 2025 einen Fokus auf *Recommendation 8*. Sie gibt vor, dass Österreich ausreichend Maßnahmen setzen soll, um seinen Non-Profit-Sektor vor Missbrauch für Terrorismusfinanzierung zu schützen, ohne die legitime Arbeit von Organisationen zu behindern. Als Koordinatorin des zivilgesellschaftlichen NPO-Netzwerk Antiterrorismus setzten wir uns in dieser Zeit erfolgreich dafür ein, dass der finale Länderbericht in ein realistisches Bild des Sektors zeichnen würde. Dieser erschien Ende April 2026 und stellt fest, dass Österreich alle Anforderungen vollständig erfüllt.

Die **FATF** kommt zum Schluss, dass sich die zuständigen Vertreter*innen im **BMF** in Zusammenarbeit mit NPOs ein sehr gutes Verständnis für die Terrorismusfinanzierungsrisiken, denen der NPO-Sektor ausgesetzt

ist, erarbeitet haben. Österreich setzt solide und risikobasierte Maßnahmen zur Risikominderung und -prävention für NPOs um, ohne deren legitimen Aktivitäten zu behindern. Die **FATF** hebt die wirksamen Selbstregulierungsmaßnahmen von NPOs hervor und nennt als wichtigste Initiative das Österreichische Spendengütesiegel (s. S. 28).

Die **FATF** lobt das umfassende Risikobewusstsein der NPOs und ihrer Dachverbände, welches das **BMF** durch vertiefende Workshops und Informationen laufend schärft. Nur bei NPOs mit weniger guten Risikominderungsmaßnahmen werden Inspektionen durchgeführt. Den Austausch wollen **BMF** und NPOs auch in Zukunft fortführen. ●

Mehr Infos zu FATF-Prüfung findest Du auf unserer Webseite.



GESAMTSTAATLICHE AFRIKA-STRATEGIE

Wenig mehr als Wirtschafts- und Migrationspolitik

Da afrikanische Länder besonders von geopolitischen, klimatischen und humanitären Krisen betroffen sind, brachten wir entwicklungspolitische und humanitäre Anliegen in den langwierigen Erstellungsprozess der neuen gesamtsstaatlichen Afrika-Strategie Österreichs ein. Die finale Version, die der Ministerrat im Juni 2026 verabschiedete, erkennt internationale Entwicklung und Humanitäre Hilfe als wesentliche außenpolitische Instrumente an. Sie berücksichtigt den Zusammenhang zwischen Frieden und Sicherheit, Armutsbekämpfung und Ernährungssicherheit.

Die Rolle der Zivilgesellschaft soll durch die Strategie gestärkt werden, jedoch geht sie unzureichend auf lokale Organisationen und den *Shrinking Civic Space*, den schwindenden zivilgesellschaftlichen Raum, ein. Zusätzlich erschwert der wirtschafts- und migrationspolitische Fokus der Regierung gleichberechtigte Partnerschaften zwi-



schen Ländern des Globalen Südens und Nordens. Klare Bezugnahmen auf **PCSD**, Entwicklungsfinanzierung, Verschuldung und Steuergerechtigkeit fehlen, ebenso wie eine stärkere Verankerung von Menschenrechtsstandards. Zudem bleibt abzuwarten, inwieweit die Prioritäten afrikanischer Partnerländer künftig stärker berücksichtigt werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Afrika-Strategie nicht nur als wirtschafts- und migrationspolitisches Dokument gelesen wird, sondern als Teil einer breiteren, kohärenten Außen- und Entwicklungspolitik Bestand hat. ●

INKLUSION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Niemanden zurücklassen

Über 50 Gäste folgten am 17. Februar 2026 der Einladung von **LICHT FÜR DIE WELT, ZERO PROJECT** und **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** zu einer Podiumsdiskussion in Wien, die sich bestehenden Lücken in der Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Humanitären Hilfe und in Klimamaßnahmen widmete.

In ihrer Begrüßung betonte **Marion Lieser**, Geschäftsführerin von **LIGHT FOR THE WORLD INTERNATIONAL**, dass die Sterblichkeitsrate von Menschen mit Behinderungen in Krisensituationen vier Mal höher als von Menschen ohne Behinderungen sei. Für eine inklusive Humanitäre Hilfe müsse die Notfall- und Katastrophen-

vorsorge in Gemeinden ausgebaut und Regierungen ihrer Aufgabe als humanitäre Akteur*innen zur Verantwortung gezogen werden, erläuterte

Podiumsdiskutant **Clodoaldo Castiano**, Direktor von **FAMOD**, der mosambikischen Gesellschaft für Menschen mit Behinderungen.

Ghislain Tihanibé Hien, Projektmanager von **LIGHT FOR THE WORLD BURKINA FASO**, nahm bei der *Zero Project Conference 2026* in Wien am folgenden Tag die Auszeichnung für ein Inklusionsprojekt entgegen. Er beanstandete, dass viele NGOs erst für die Projektevaluierung auf die Expertise von Selbstvertreterorganisationen zurückgreifen würden.

Auch **Nurten Yilmaz**, Programmexpertin für inklusive Humanitäre Hilfe von **UNICEF**, stellte per Videoschaltung klar, dass Menschen mit Behinderungen in die Projektplanung, -implementierung und -führung berufen werden müssten. Statt nur Vorreiter*innen zu ermächtigen, gehe es um eine systematische Lokalisierung (s.S.26) und Institutionalisierung von Inklusion. So würden Projekte repräsentativer, gerechter und effektiver.

Ioanna Tsigiridi, Innovationsmanagerin beim Humanitarian Innovation Fund von **ELRHA**, moderierte die Diskussion. **ZERO-PROJECT**-Direktor **Michael Fembek** stellte den *Zero Project Crisis Response Report* vor. ●



Zusammenarbeiten.

AG Ernährung und Entwicklung

Ernährungssicherheit auf die politische Agenda setzen



FOTO GLOBALE VERANTWORTUNG

Melanie Bernhofer

GLOBALE VERANTWORTUNG

Die gemeinsame Arbeitsgruppe von **KOO** und **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** bringt globale Ernährungssysteme, Ernährungssouveränität und das Recht auf Nahrung stärker in den politischen Diskurs ein. Beim runden Tisch *Food Security as a Strategic Pillar in the International Partnerships Austria* im Mai 2026 diskutierte sie mit Vertreter*innen aus Ministerien, **ADA** und Zivilgesellschaft, wie Ernährungssicherheit in der Afrika-Strategie (s. S.31) und im nächsten Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungs-

politik ab 2028 kohärent verankert werden könne. Émile Frison, Gründer des **INTERNATIONAL PANEL OF EXPERTS ON SUSTAINABLE FOOD SYSTEMS (IPES-FOOD)**, unterstrich in seinem Input die Bedeutung agrarökologischer und systemischer Ansätze.

Mit diesem Austausch erreichte die Arbeitsgruppe, dass Ernährungssicherheit von einem Fachbereich zu einem konkreten Gegenstand politischer Gespräche wurde – ein wichtiger Schritt, um nachhaltige und gerechte Ernährungssysteme in Österreichs internationaler Zusammenarbeit zu stärken. ●

AG Humanitäre Hilfe

Gemeinsamer Einsatz für Humanitäre Hilfe in herausfordernden Zeiten



FOTO PRIVAT

Katharina Lehner

DIAKONIE ÖSTERREICH

Weltweit gibt es derzeit so viele zwischenstaatliche Konflikte wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Rote Linien des Völkerrechts werden laufend überschritten. Bei Veranstaltungen, in Gesprächen und politischen Austauschformaten macht die Arbeitsgruppe Humanitäre Hilfe die Folgen dieser Entwicklung aufmerksam und hebt die Wirksamkeit der Humanitären Hilfe hervor. Sie bringt die Perspektiven betroffener Menschen, lokaler Organisationen und humanitärer Helfer*innen in Debatten ein und setzt Hebel in Bewegung, um dem Trend sinkender humanitärer Mittel entgegenzuwirken.

Erfreulich war, dass die Bundesregierung im Doppelbudget 2027/28 von weiteren Kürzungen im **AKF** abgesehen hat. Wenngleich die Budgets weltweit deutlich hinter den tatsächlichen Bedarf gefallen sind, konnte dieser Abwärtstrend in Österreich gestoppt werden. Österreichs künftiger Sitz im **UN**-Sicherheitsrat (s. S.24)



FOTO CHAY YA NEPAL

Nach dem Hochwasser von 2025 im nepalesischen Bezirk Rautahat unterstützten österreichische NGOs betroffene Menschen mit Lebensmittel- und Hygienepaketen.

bietet nun die Chance, sich verstärkt für den Schutz der Zivilbevölkerung und die Einhaltung des Humanitären Völkerrechts einzusetzen. Die Arbeitsgruppe wird diesen Prozess kritisch und konstruktiv begleiten. ●

W i s s e n b ü n d e l n .

AG Inklusion und Entwicklung

Inklusion zentral in Politik und Praxis verankern

FOTO PRIVAT



Anna Scheithauer
ÖSTERREICHISCHES
ROTES KREUZ

Die AG führte einen fachlichen Austausch über die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der internationalen Entwicklung und Humanitären Hilfe auf nationaler und internationaler Ebene. Im zweiten Halbjahr 2025 brachte sie ihre Expertise in mehrere Berichts- und Konsultationsprozesse ein, etwa in die vierte

Universelle Menschenrechtsprüfung Österreichs (**UPR**), den Bericht zum **UN**-Ausschuss für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (s.S.16–17) sowie die österreichische Position für den *World Social Summit 2025*.

Die AG begrüßte Fortschritte im Bereich der Inklusion im *Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2025–2027*, auch wenn das Dokument Umsetzungsmechanismen und Indikatoren vermissen lässt. Darüber hinaus beteiligte sie sich an Dialogformaten mit Ministerien, **ADA** und Zivilgesellschaft und beschäftigte sich mit der Reform des **OECD-DAC**-Inklusionsmarkers. ●

FOTO CHAY YA NEPAL



Ernährungssicherheit:
In den nepalesischen Bezirken Dang und Mugu bauen Frauen eine Bio-Modellfarm und eigene Kooperativen auf.

AG Kofinanzierung

Gute administrative und finanzielle Rahmenbedingungen sicherstellen

FOTO PRIVAT



Mita Johnson
CARITAS ÖSTERREICH

2025 und 2026 war die AG durch den Harmonisierungsprozess in der **ADA**, die für die Projektmittelvergabe des **BMEIA** zuständig ist, gefordert. Sie analysierte die neuen administrativen und finanziellen Rahmenbedingungen, bündelte Rückmeldungen der Mitgliedsorganisationen und brachte zentrale Anliegen in den Dialog mit der **ADA** ein. Mit Erfolg: Die **ADA** entschärfte einige besonders kritische

Bestimmungen substanziell. Viele operative Fragen blieben jedoch offen, die die AG in einem strukturierten Umsetzungsdialog mit der **ADA** weiterverfolgen wollen.

Um die laufenden Verhandlungen zum nächsten *Mehrjährigen Finanzrahmen* der **EU** (s.S.13) besser begleiten zu können, gründete die AG eine Taskforce. Diese hat zum Ziel, zivilgesellschaftliche Perspektiven sowie entwicklungspolitische und humanitäre Anliegen frühzeitig in den Prozess ein- und relevanten politischen Entscheidungsträger*innen näher zu bringen, damit der Stellenwert von internationaler Entwicklung und Humanitärer Hilfe im künftigen **EU**-Budget erhalten bleibt. ●

Wirkung erzeugen.

AG Migration und Entwicklung

Migrationsursachen bearbeiten, Menschen schützen, Mobilität ermöglichen

FOTO VIDC



Michael Fanizadeh
VIDC

Migration, Flucht und Vertreibung sind prägende und zugleich polarisierende Themen unserer Zeit.

Medien und Politik entscheiden maßgeblich mit, wie Migration wahrgenommen wird – ob als „Bedrohung“, „humanitäre Krise“ oder „Chance für

Gesellschaft und Wirtschaft“. Auch der entwicklungspolitische und humanitäre Sektor muss sich diesen Debatten stellen und Position beziehen. Daher hat die AG einen Prozess zur Erarbeitung eines neuen Positionspapiers gestartet, der 2026 abgeschlossen werden soll.

Das Papier soll entwicklungs-, humanitäre, friedens- und migrationspolitische Perspektiven in drei miteinander verbundenen Ansätzen verbinden: Erstens geht es darum, Ursachen erzwungener Migration zu bearbeiten – insbesondere Konflikte und Kriege, wirtschaftliche Ungleichheiten und ausbeuterische Arbeitsbedingungen sowie die Klimakrise. Zweitens müssen von erzwungener Migration betroffene Menschen geschützt und unterstützt werden, orientiert an ihren Rechten und Bedarfen, unabhängig davon, wo sie sich befinden. Drittens gilt es, Mobilität zu ermöglichen und Migration zu gestalten – durch sichere und reguläre Wege, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe sowie internationale Partnerschaften. ●

FOTO HARMAN DHANOYA



Die DCYDE-Konferenz zur Förderung digitaler, dialogischer und transkultureller Bildungsansätze im Mai 2025 in Wien zählte rund 140 Teilnehmer*innen.

AG Plattform entwicklungspolitische Inlandsarbeit

Dekolonisierung als Prinzip in der entwicklungspolitischen Bildung verankern

FOTO GLOBALE VERANTWORTUNG



Paula Kunzemann
GLOBALE VERANTWORTUNG

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit österreichischer Organisationen soll bestehende Machtverhältnisse zwischen

Ländern des Globalen Südens und Globalen Nordens aufzeigen. Sie soll den Perspektiven von Menschen aus anderen Weltregionen und ihren Lebenserfahrungen den gebührenden Platz einräumen. Doch wie können sie Bildungsexpert*innen aus dem Globalen Süden stärker in ihre Arbeit einbeziehen, um besser voneinander zu lernen? Wie stehen die Expert*innen zu *Global Citizenship Education* und weiteren europäischen Bildungs-

konzepten? Welche Rolle spielen Rassismus und Privilegien in der Bildungsarbeit, welche nicht-europäischen Methoden und Ansätze würden sie bereichern?

Mit Fragen rund um dekoloniale Bildungsarbeit beschäftigt sich seit 2026 eine Steuerungsgruppe, die die **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** im Projekt *Partnerships on Equal Terms* gestartet hat (s.S.26). Mitglieder aus der Arbeitsgruppe und externe Expert*innen aus dem österreichischen Bildungssektor besetzen die Gruppe und entwickeln konkrete Weiterbildungsangebote mit. Da aktuell vor allem Organisationen mit Bildungsprojekten vor wachsenden finanziellen Herausforderungen stehen und ihre vorhandenen Ressourcen bestmöglich nutzen müssen, ist es von Vorteil, dass sie sich im Rahmen der Steuerungsgruppe enger vernetzen. ●



ILONA
REINDL

LUKAS
WANK

LIVIA
FELD-
MANN

PAULA
KUNZE-
MANN

HANNAH
HAUPT-
MANN

ROLAND
BAUER

MELANIE
BERN-
HOFFER

DAS TEAM DER AG GLOBALE VERANTWORTUNG 2026

Ilona Reindl Fachreferentin Entwicklungspolitik | **Lukas Wank** Geschäftsführer | **Livia Feldmann** Assistentin der Geschäftsführung
Paula Kunzemann Fachreferentin Entwicklungspolitik | **Hannah Hauptmann** Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Roland Bauer Kampagnenleitung | **Melanie Bernhofer** Fachreferentin Entwicklungspolitik
nicht im Bild: **Monika Stumpf-Hulsrøj** Fachreferentin Finanzen und Projektmanagerin

ÜBER UNS

Wir packen an, weil wir davon überzeugt sind,
dass eine gerechtere, friedlichere und
stabilere Welt möglich ist.

FOTO GLOBALE VERANTWORTUNG

Vorstand 2026

Stefan Fritz

Hilfswerk International
Vorsitzender

Sybille Straubinger

VIDC
stellvertretende Vorsitzende

Markus Meister

Welthaus Diözese Graz-Seckau
Finanzverantwortlicher

Bernhard Drumel

CONCORDIA Sozialprojekte

Birgit Ertl-Köstler

Caritas Österreich

Walter Hajek

Österreichisches Rotes Kreuz

Natalie Porias

Red Noses International

Judith Ranftler

Volkshilfe Österreich

Daniel Seller

CARE Österreich

Kooptierte Vorstandsmitglieder

Hartwig Kirner

FAIRTRADE Österreich

Konrad Rehling

Südwind

Lukas Schlögl

ÖFSE



Markus Meister (Welthaus Graz), **Konrad Rehling** (Südwind), **Walter Hajek** (ÖRK), **Lukas Wank**, **Judith Ranftler** (Volkshilfe), **Sybille Straubinger** (VIDC), **Birgit Ertl-Köstler** (Caritas), **Stefan Fritz** (Hilfswerk International), **Lukas Schlögl** (ÖFSE), **Daniel Seller** (CARE)

UNSER JAHR
2025
IN ZAHLEN

290
GESPRÄCHE
MIT STAKE-
HOLDERN



112
MEDIEN-
BERICHTE



11
ÖFFENTLICHE
VERANSTAL-
TUNGEN



124
BRIEFE &
STELLUNG-
NAHMEN



13
TRAININGS &
WEITERBIL-
DUNGEN



Bilanz 2025

Aktiva

zum 31.12.2025

A. Anlagevermögen	
I. Sachanlagen	
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	16
II. Finanzanlagen	0
	16
B. Umlaufvermögen	
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
1. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	3.600
II. Kassabestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinstitut	
1. Kassabestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinstitut	548.443
	552.043
C. Rechnungsabgrenzungsposten	
1. Aktive Rechnungsabgrenzung	4.294
	4.294
SUMME AKTIVA	556.354

Passiva

zum 31.12.2025

A. Eigenkapital	
I. Vereinskapital	31.769
II. Gewinnrücklagen	
1. Rücklage für statutarische Zwecke	119.805
2. andere Rücklagen	0
III. Bilanzgewinn	7.601
	159.174
B. Rückstellungen	
1. Sonstige Rückstellungen	19.183
	19.183
C. Verbindlichkeiten	
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.703
2. Sonstige Verbindlichkeiten	18.526
	24.229
D. Rechnungsabgrenzungsposten	
1. Passive Rechnungsabgrenzung	353.767
	353.767
SUMME PASSIVA	556.354

Gewinn- und Verlustrechnung 2025

Erträge	
Eigenmittel	
Mitgliedsbeiträge	396.866
Öffentliche Gelder Inland	191.358
Öffentliche Gelder Ausland	0
Finanzierung Humanitäres Event	5.000
Sonstige Einnahmen	0
Erlöse weiterverrechneter Kosten	744
SUMME ERTRÄGE	593.968
Aufwendungen	
Material u. bezog. Herstellungsleistungen	-72.252
Personalaufwand	-472.585
Abschreibungen	-287
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-64.695
SUMME AUFWENDUNGEN	-609.819

Betriebserfolg	-15.851
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-
Finanzerfolg	25
Jahresüberschuss	-15.826
Rücklage	-
Ergebnis nach Steuern	-15.826
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	11.709
Erlöse aus freien Rücklagen	11.717
BILANZGEWINN	7.600

Alle Angaben sind in Euro und gerundet.

Gute Gründe für eine Mitgliedschaft

Die Welt stellt die internationale Entwicklung, Humanitäre Hilfe und Friedensförderung laufend vor neue Fragen und Herausforderungen. Orientierung, Expertise und ein belastbares Netzwerk, um den politischen, gesellschaftlichen und technologischen Veränderungen zu begegnen, das bietet Euch unsere Mitgliedschaft. Gemeinsam verschaffen wir uns Handlungsspielraum und gestalten eine gerechte, friedlichere und stabilere Zukunft für alle – in Österreich, Europa und weltweit. Vier besonders gute Gründe für eine Mitgliedschaft:

1. Interessensvertretung: Gemeinsam politisch mehr bewirken

Wir setzen uns für eine solidarische österreichische und internationale Politik ein, die sich nach den Interessen der am meisten benachteiligten Menschen auf der Welt richtet und die planetaren Grenzen einhält. Wir bündeln die Stimmen unserer Mitglieder und entwickeln gemeinsame Positionen und Anliegen, die wir gegenüber Politik, Verwaltung sowie europäischen und internationalen Institutionen vertreten und in die öffentliche Debatte einbringen. Wir verschaffen Euch politische Zugänge, die einzelne Organisationen oft nur schwer erhalten. Dabei setzen wir uns für gute politische, finanzielle und regulatorische Rahmenbedingungen ein.

2. Wissensvorsprung: Früher informiert und besser orientiert sein

Wir informieren Euch frühzeitig über relevante politische Prozesse, Fördermöglichkeiten und über österreichische, europäische und internationale Entwicklungen – und wir ordnen sie für unseren Sektor ein. Über unsere exklusiven internen Kanäle bieten wir Euch Zugang zu Analysen, Unterlagen, Expertisen und Kontakten.

3. Voneinander lernen: Kompetenzen stärken und Kapazitäten entwickeln

In Weiterbildungen, Austauschformaten, fachlichen Inputs und *Peer Learnings* greifen wir aktuelle Entwicklungen und Anliegen auf und geben konkrete Impulse für Eure Arbeit. Im kleinen Kreis vermitteln nationale und internationale Expert*innen Wissen und praxisnahe Zugänge zu vielen Themen: politische Kommunikation und anwaltschaftlicher Arbeit, gleichberechtigte Partnerschaften und Lokalisierung, Menschenrechte und Humanitäres Völkerrecht, Organisationsentwicklung, Finanzierung, Qualitätssicherung und Standards.

4. Ein internationales Netzwerk: Gemeinsam handeln über Österreich hinaus

Wir bringen Euch miteinander, aber auch mit relevanten und inspirierenden nationalen, europäischen und internationalen Netzwerken in Kontakt, etwa über **CONCORD**, **SPHERE** und den **HUMANITARIAN CONGRESS VIENNA**. Aus unseren Arbeitsgruppen und gemeinschaftlichen Prozessen gehen häufig Kooperationen, Projekte, eine abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit und anwaltschaftliche Aktivitäten hervor. ●

Interesse an einer Mitgliedschaft?
Lerne unseren Dachverband in einem
unverbindlichen Gespräch kennen.



Unsere neuen Mitglieder 2026



**Austrian
Centre for Peace**
SCHLAINING · VIENNA

» Wir setzen uns für Zusammenarbeit, Dialog, Bildung und die Stärkung von Kompetenzen für konstruktive Konfliktbearbeitung ein. Das wollen wir in entwicklungspolitische Diskurse einbringen und mit anderen Akteur*innen an nachhaltigen und strukturellen Lösungen arbeiten. Der Dachverband bietet uns Austausch, Vernetzung und gemeinsame Positionen. Gleichzeitig möchten wir zu einer starken Stimme für Frieden, globale Gerechtigkeit und internationale Zusammenarbeit beitragen. «
Tobias Lang, Geschäftsführer



Das **AUSTRIAN CENTRE FOR PEACE** mit Sitz in Stadtschlaining und einem Büro in Wien wurde 1982 gegründet. Es führt Forschungsprojekte zu Friedens- und Sicherheitspolitik durch, engagiert sich in Vermittlung und Konflikttransformation, bietet Trainings und Fortbildungen für Jugendliche und zivile Einsatz- und Fachkräfte an. Veranstaltungen wie das *Austrian Forum for Peace* schaffen Räume für Dialoge zwischen Zivilgesellschaft, Forschung und Praxis. ●



» Wir schätzen die Arbeit des Dachverbands als wichtige Plattform für Vernetzung, Austausch, die Bündelung von Ressourcen und die gemeinsame Stärkung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit. Wir möchten unsere Erfahrungen aus der Freiwilligenarbeit mit jungen Erwachsenen einbringen und so zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit beitragen. «
Linda Proidl, Geschäftsführerin



VOLONTARIAT BEWEGT – eine Initiative der Salesianer Don Boscos und von Jugend Eine Welt – entsendet Freiwillige in Jugend- und Sozialprojekte weltweit. Durch ein umfassendes entwicklungspolitisches Bildungsprogramm in Österreich schärft die Organisation zudem das Bewusstsein junger Erwachsener für globale Zusammenhänge und motiviert sie, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren. ●

Abkürzungen

ADA	Austrian Development Agency
AKF	Auslandskatastrophenfonds
BMEIA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMLUK	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz, Regionen und Wasserwirtschaft
COP	UN-Klimakonferenz – Conference of the Parties
CSDDD	EU-Lieferkettenrichtlinie – Corporate Sustainability Due Diligence Directive
DG INTPA	Generaldirektion Internationale Partnerschaften der EU-Kommission – Directorate-General for International Partnerships
ESA	Europäische Weltraumorganisation – European Space Agency
FAO	UN-Welternährungsorganisation – Food & Agricultural Organization
FATF	Financial Action Task Force
IWF	Internationaler Währungsfonds – International Monetary Fund
OCHA	Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten – United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
ODA	Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen – Official Development Assistance
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – Organisation for Economic Co-operation and Development
OECD-DAC	Entwicklungshilfesausschuss der OECD – OECD Development Assistance Committee
PCSD	Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung – Policy Coherence for Sustainable Development
SDGs	Ziele nachhaltiger Entwicklung – Sustainable Development Goals
UNHCR	UN-Flüchtlingshilfswerk – United Nations High Commissioner for Refugees
UNO	Vereinte Nationen – United Nations Organization
UNICEF	UN-Kinderhilfswerk – United Nations International Children's Emergency Fund
UPR	Universelle Menschenrechtsprüfung – Universal Periodic Review
WFP	Welternährungsprogramm – World Food Programme

Als Dachverband von 39 österreichischen NGOs vernetzen wir österreichische, europäische und weltweite Stakeholder*innen aus der internationalen Entwicklung, Humanitären Hilfe und Friedensförderung.



KOOPERATIONSPARTNERINNEN

KOO – Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz
für internationale Zusammenarbeit und Weltkirche
ÖFSE – Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung